

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

## Sozialismus des XXI. Jahrhunderts? Schlaglichter auf die aktuelle venezolanische Entwicklung



In den letzten Monaten sind gleich mehrere Staaten aus dem Internationalen Währungsfond und aus der Weltbank ausgetreten bzw. haben dies angekündigt. Ende April beglich Venezuela seine Schulden vorzeitig bei den beiden internationalen Organisationen – wie zuvor Argentinien – und verkündete am ersten Mai, mit diesen Organisationen in Zukunft nichts mehr zu tun haben zu wollen.

Zeitgleich bauen mehrere Lateinamerikanische Staaten die Bank des Südens, Bancosur, als Alternative auf. Bisherige Mitglieder: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay und Venezuela.

Entwicklungen, die auf einem Kontinent, der als „Hinterhof“ der mächtigsten imperialistischen Macht galt, noch vor zehn Jahren nicht vorstellbar waren. Dass diese Entwicklung so hat stattfinden können ist –

Ironie der Geschichte – vor allem das Verdienst der neoliberalen Politik: Nach dem Putsch in Chile 1973, geriet der ganze Kontinent unter den Einfluss der neuen Ideologie. Die, im Gegensatz zum verkündeten Heilsversprechen vom allgemeinen Wohlstand, zunehmende Verarmung der Massen delegitimierten sie.

Doch die alten Eliten belieben es nicht nur dabei, sie taten alles um ihrem Ansehen weiter zu schaden. 1998 nahm ein linkes Bündnis mit dem ehemaligen putschistischen Oberst Hugo Chávez an den Wahlen in Venezuela teil und Chávez wurde für viele Beobachter überraschend zum Präsidenten gewählt. Ein Jahr lang wurde unter reger Beteiligung der Bevölkerung und Basisorganisationen eine neue Verfassung ausgearbeitet, die den Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitspracherecht („partizipative Demokratie“) einräumte, eine Landreform vorsah und die Privatisierung der öffentlichen Versorgung aus-

schloß. Bald wurden auch Reformen zur Gesundheit, Bildung und berufliche Fortbildung aufgelegt, was das Ansehen der Regierung weiter steigerte. Währenddessen wurde die bürgerliche Opposition immer nervöser, sah den Bolschewismus aufziehen, was natürlich Unsinn war und ist.

Im Frühjahr 2002 putschten die Militärs mit Unterstützung der US-Botschaft in einer seltsamen Koalition aus Unternehmerverband (FEDECAMARAS) und anderen Wirtschaftsverbänden, der katholischen Kirche, den Parteien AD (Sozialdemokraten) und COPEI (Konservative), den privaten Fernsehsendern und dem Gewerkschaftsdachverband CTV (Confederación de Trabajadores de Venezuela).

Der Putsch schlug fehl, weil Teile des Militärs sich an dem Putsch nicht beteiligten, vor allem aber weil die arme Bevölkerung zu zehntausenden auf die Straße ging um die Regierung zu verteidigen. Ende des

*Fortsetzung auf Seite 3*

### Inhalt

|   |          |
|---|----------|
| - Sozialismus des XXI. Jahrhunderts?                | Seite 1  |
| - Todesschwadronen hinter demokratischer Fassade    | Seite 9  |
| - Das Frühjahrstreffen in München                   | Seite 14 |
| - Blair geht – New Labour auch                      | Seite 14 |
| - Wandel der gesetzlichen Renten                    | Seite 17 |
| - Tarifabschluß in der Metall- und Elektroindustrie | Seite 22 |
| - Arbeitende Klasse in Ostdeutschland               | Seite 24 |
| - Die Polizeifestspiele von Rostock                 | Seite 29 |

## In eigener Sache



An aktuellen Ereignissen, die es verdient in einer linken Zeitschrift veröffentlicht zu werden, war in den letzten Monaten wahrlich kein Mangel. Doch eine Quartalszeitschrift muß eine Auswahl treffen, die auch vom Zeitpunkt und von den zur Verfügung stehenden Autoren abhängt. So können wir das Ergebnis des so genannten Gipfeltreffens in Heiligendamm nicht mehr behandeln. Wir beschränken uns mit einem Nachdruck auf das repressive Vorgehen gegen die fast 80.000 Gegendemonstranten durch Regierung und Gerichte und behandeln die Lügen und Gewaltexzesse auf Seiten der Staatsgewalt und eines Teils der Autonomen.

Wichtige Themen wären z.B. noch die Bremer Wahlen gewesen, der relative Erfolg der „Linken“ in diesem krisenbetroffenen Bundesland und ihr Zustand zum Zeitpunkt der Vereinigung von PDS und WASG.

Die Wahl in Frankreich brachte einen weiteren Rechtsruck.

Wie sehr die Linke bzw. die Arbeiterbewegung in unserem Land noch mehr in die Defensive gedrängt wird, um nicht zu sagen zum ohnmächtigen Zuseher verurteilt ist, wird

an der neuen sozialpolitischen Entwicklung deutlich: Zum Hohn auf die angebliche „Sozialpartnerschaft“ und das traditionelle Tarifwesens preschen Telekom und Quelle vor, indem sie gegenüber ihren Beschäftigten Forderungen erheben, die alle Tarifabsprachen und das bisherige soziale Umgangsverhalten in den Boden stampfen. Die Belegschaft der Quelle soll in Zukunft mit der Hälfte des sowieso geringen Lohnes einverstanden sein, oder sie wird gefeuert, sollte nur Einer wagen die Gerichte anzurufen!

Aber auch dort, wo sich Arbeiter, Angestellt und Gewerkschaften noch in besserer Position befinden, wo zudem die Hochkonjunktur jetzt den Börsendax auf über 8.000 Punkte getrieben hat und wo die Zeitungen über eine Dividendenausschüttung 2006 von 35 Milliarden Euro – ein Plus von 19 % – berichten ist von einer offensiven Tarifaueinsetzung nichts zu spüren. Bei den immer noch stärksten Bataillonen, der IG Metall, wurde die vorhandene Chance vergeben. Wir schreiben über diesen Abschluß von angeblich 4,1 % der in Wirklichkeit nur 3,3 % beträgt.

Wir fanden es notwendig auf die Rentenkürzungspolitik der Bundesregierung gründlich einzugehen. Die von der „Rente mit 67“ und ihrer Auswirkung von neuer Armut betroffenen Generationen können sich schon mal bei SPD und Müntefering bedanken – oder, sie wieder wählen...

Unser Freund aus England berichtet von Wahlen in Großbritannien, bei denen New Labour Federn lassen mußte, aber auch linke Kräfte nicht davon profitieren konnten.

Dieses Heft steht im Zeichen der neuen Bewegungen in Lateinamerika. Venezuela und Kolumbien, Ausdruck verschiedener Entwicklungen, standen im Mittelpunkt unseres Wochenendseminars in München. Geht es in Venezuela wirklich um den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“? Sind die Guerrilleros in Kolumbien gescheitert? Wir haben versucht mit den Referaten und in der Diskussion der Frage was ist und was es, bei allem Fortschritt nicht sein kann, näher zu kommen.

Genosse Ekkehard Lieberam hat mit seinem Artikel zur Klassenanalyse zur marxistischen Theoriearbeit beigetragen. Wir drucken den Text nach.

**Das Abo für 2007 wurde fällig. Wir hatten im März einen Zahlschein beigelegt. Für die Spenden und Abo-Überweisungen danken wir herzlich. Eine beträchtliche Anzahl der Leserinnen und Leser hat noch nicht bezahlt. Wir bitten um baldige Überweisung, da auch die Finanzen stimmen müssen um das weitere Erscheinen der „Arbeiterstimme“ zu ermöglichen.**

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presderechts: **Thomas Gradl**, Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg  
 Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Verleger, Zuschriften:  
**Thomas Gradl**, Postfach 910307, 90261 Nürnberg

e-Mail:  
[redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)  
 Internet: [www.arbeiterstimme.org](http://www.arbeiterstimme.org)

Bankverbindung:  
**Hans Steiger**  
 Postbank München  
 BLZ 700 100 80  
 Konto: 665924-808

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Jahres versuchte die Opposition mit einem „Generalstreik“, was im großen und ganzen eine Ausspernung vor allem im Ölsektor war, die

Wirtschaft zu destabilisieren und so die Regierung zu stürzen. Auch der glorreiche „Streik“ brach nach drei Monaten zusammen. Die Bilanz war ein milliardenschwerer wirtschaftlicher Schaden, angestiegene Arbeitslosigkeit, der Haß der armen Bevölkerung auf die Putschisten und damit mehr Zulauf für die Regierung. Dies zeigte sich auch in dem von der Opposition angestregten Referendum zur Absetzung von Chávez Mitte 2004: Fast 60 Prozent der Bevölkerung votierten gegen die Absetzung von Chávez.

Die Regierung verstärkte ihre Misiones genannten Sozialprogramme, zum erstenmal hatten hunderttausende Menschen Zugang zu medizinischer Versorgung, dank venezolanischem Öl und kubanischen Ärzten. Ende 2005 wurde Venezuela nach Standards der UNESCO zum analphabetenfreien Land erklärt.

Die fehlgeschlagenen Versuche des Bürgertums, den gewählten Präsidenten mit undemokratischen Mitteln aus dem Weg zu räumen machten die arme Bevölkerung selbstbewußter und radikaler. Wurde die Regierung Chávez bis dahin noch auch von Teilen der Arbeiterbevölkerung und städtischer Armut mit einer gewissen Skepsis betrachtet, standen sie jetzt mehr denn je hinter dem Präsidenten und den von ihm vorangetriebenen Maßnahmen.

Doch trotz des ganzen Geschreis der bürgerlichen Presse im In- und Ausland ist Venezuela bis heute immer noch ein bürgerlicher Staat, die Besitzer der Produktionsmittel können unter Einhaltung der

neuen Spielregeln, wie Kündigungsschutz, Preiskontrollen, Mindestlöhne usw. weiterhin den Mehrwert einstreichen. Die Mehrheit der landesweiten Fernsehsender ist weiterhin reaktionär und in privatem Besitz. Auch die ehemaligen Putschisten kamen fast zur Gänze ungeschoren davon. Insofern sind die „sozialistischen“ Bestrebungen weiterhin mit Vorsicht zu genießen.



Caracas

Das Beispiel Venezuela zeigte in Lateinamerika, daß ein anderer Weg als der des Neoliberalismus gangbar ist. Natürlich ist Venezuela in der bequemen Position ein ölförderndes

Land zu sein. Die Politik von Chávez wird von imperialistischen Staaten und ihren Medien heftig kritisiert. Neben den Vorwürfen, die Opposition würde unterdrückt, heißt es vor allem, das Land verpresse die Öleinnahmen für soziale Programme, Militärausgaben, Propaganda und für die Hilfe der armen Länder in der Region. Für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung würde nichts

getan. In der hiesigen bürgerlichen Presse findet sich nur selten die Aussage, dass der von den Neoliberalen eingeschlagene Weg Armut für den Großteil der Bevölkerung bedeutete und für die Länder des Südens die Rolle des Rohstofflieferanten vorsah.

Tatsächlich versucht Venezuela (und auch Bolivien und Ecuador) durch (Wieder-)verstaatlichung der Betriebe, durch Unterstützung von Kooperativen, durch den Ausbau der Verarbeitung von Rohstoffen im Land autarker zu werden und die Beschäftigung im Land zu heben. Daß die Folgen des Jahrzehnte währenden Neoliberalismus, die Folgen der jahrhundertelangen Unterentwicklung nicht innerhalb von 5-6 Jahren zu beseitigen sind, sollte jedem einleuchten. Das Problem der extrem verbreiteten Korruption, des Unwillens des Beamtenapparates und der Wohlhabenden sich der neuen Entwicklung zu unterwerfen, darf nicht unterschätzt werden. Die Bildung und Heranziehung neuer „Kader“ für die Staatsverwaltung und Industrie wird, trotz aller Erfolge der kommunalen und regionalen „Volksräte“, „Arbeiterräte“ und Bildungsoffensiven, noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Unabhängig von den inneren Widersprüchen des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, ist es ungewiss ob die Herrschenden und die imperialistischen Mächte (allen voran die USA) diese Zeit lassen werden.



## Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Nach seiner Wiederwahl am 3. Dezember 2006 entwarf Chávez

im Januar 2007 einen Plan um den Prozess in Richtung Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu „vertiefen und zu beschleunigen“. Er setzt dabei auf die sogenannten „fünf Motoren“: 1. Das Bevollmächtigungsgesetz (*La ley Habilitante*); 2. Eine Verfassungsreform; 3. Moral und Aufklärung; 4. Die geopolitische Neuordnung des Landes; 5. Die Explosion der Volksmacht.

Am 31. Januar 2007 stimmten die Mitglieder der Nationalversammlung in einer öffentlichen Sitzung (auf einem Platz im Zentrum von Caracas) den Vollmachten für Chávez zu. In einem Zeitraum von 18 Monaten kann der Präsident damit Dekrete mit Gesetzesrang in elf Bereichen erlassen, unter anderem sind das: Der Umbau der staatlichen Institutionen, die Partizipation des Volkes, der Bereich Wirtschaft und Soziales, Finanzen, Sicherheit und Verteidigung, Infrastruktur, Transport und Dienstleistungen und Energie. Diese Vollmachten sollen vor allem der Beschleunigung des Prozesses dienen, in einem nach wie vor sehr bürokratischen Verwaltungsapparat. Natürlich sehen Chávez- und Prozessgegner, wie die hiesige bürgerliche Presse, darin einen weiteren Beweis der Autokratiebestrebungen des Präsidenten. Auch in Venezuela wird dieses Gesetz kontrovers diskutiert, wenngleich die Befürworter vor allem darauf verweisen, dass es eine lange Tradition dieser Bevollmächtigungen gibt, Chávez aber der erste Präsident ist, der seine Vollmachten in den Dienst des Volkes und der Mitbestimmung stellt und der gerade erst wieder eine demokratische Legitimierung erhalten hat. Solidarische Kritiker, wie der Soziologe Edgardo Lander, von der Zentraluniversität Caracas sehen darin allerdings eine Beschneidung der öffentlichen Diskussion, die in einem Parlament, das nach dem Wahlboykott der Opposition vollständig hinter dem Prozess und

dem Präsidenten steht, stattfinden könnte und sollte. Stattdessen verlagere sich diese auf kleine Zirkel im Internet. (*Interview von Gerhard Dilger, LN 393, März 2007*)

„Wir sind auf dem Weg in die Sozialistische Republik Venezuelas und dafür bedarf es einer tiefgreifenden Reform unserer Bolivarianischen Verfassung“ (Chávez, 8.1.2007, [aporrea.org](http://aporrea.org)). Die Verfassung wurde vor acht Jahren durch ein Referendum beschlossen. Auf der Grundlage dieser Erfahrung soll nun eine Kommission unter Vorsitz der Parlamentspräsidentin Cilia Flores Vorschläge erarbeiten, die die Verfassung tauglich machen für den Sozialismus. Unter anderem soll die unbeschränkte Wiederwahl des Präsidenten ermöglicht werden. Der neue Text muss dann vom Parlament und durch ein Referendum ratifiziert werden.

Der dritte *Motor* auf dem Weg zum Sozialismus des 21. Jhds ist eine umfassende Volksbildung und -erziehung hin zu sozialistischen Werten.

Ziel der geopolitischen Neuordnung ist eine Dezentralisierung und administrative Umstrukturierung, die die ländlichen Gebiete und ärmeren Teile des Landes stärken soll.

Anfang des Jahres wurden alle Ministerien in „ministerios del poder popular“ (Ministerien der Volksmacht) umbenannt. Damit soll der wichtigsten Aufgabe und *fünften Motor*, dem Ausbau der Basisdemokratie Rechnung getragen werden. Chávez kündigte an, die Anstrengungen auf diesem Gebiet, wie z. B. den Aufbau kommunaler Räte, zu verstärken.

Im April 2006 wurde ein Gesetz zur Bildung von *Consejos Comunales*, Gemeinderäten, verabschiedet. Die Räte werden von Versammlungen gewählt, die im städtischen Raum aus 200 bis 400 Familien bestehen, auf dem Land aus zwanzig Familien, oder nur zehn in indigenen Gemeinden. Sie entscheiden über den Gemeindeetat. Sie bilden außerdem Komitees zu verschiedenen Problematiken, wie Wasser, Gesundheit oder Müll. Damit haben sie die kommunalen Planungsräte abgelöst, die nur einen geringen Teil des Etats verwalten konnten und oftmals vor dem Problem standen, dass korrupte, oder den Prozess boykottierende Bürgermeister auch diese Mittel umleiteten – zumeist in die eigene Tasche.

Am 11. Mai dieses Jahres meldete Radio Nacional de Venezuela, dass bereits 19.500 kommunale Räte landesweit existierten.

Ein weiterer wesentlicher und angekündigter Schritt in Richtung Sozialismus ist die Verstaatlichung von Schlüsselbetrieben. Anlässlich ihrer Vereidigung wies Chávez seine Minister und den Vizepräsidenten an, der Staat müsse das Eigentum an strategischen Produktionsmitteln, der Souveränität, der Sicherheit und Verteidigung zurückerlangen. Ganz oben auf der Liste steht hierbei CANTV (Compañía Anónima Naci-



onal Teléfonos de Venezuela), die wichtigste Telefongesellschaft Venezuelas. Der Hauptaktionär ist die amerikanische „Verizon Communications“.

## Das Projekt der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV)

Seit Ende April 2007 ist die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas PSUV (Partido socialista unido de Venezuela) im Aufbau. Innerhalb der ersten 14 Tage schrieben sich bereits über 650.000 Menschen in die Aufnahmelisten ein. Bis Mitte Mai waren es nach Regierungsangaben 1.300.000.

Genauso schnell geht das Gerangel um Schlüsselpositionen los. Bereits auf dem zweiten Aufbau-Treffen der Partei kam es laut Stalin Perez Borges (nationaler Koordinator der UNT<sup>1</sup>) zu Auseinandersetzungen zwischen Kadern der alten Parteien, PCV (Partido comunista de Venezuela, Kommunistische Partei Venezuelas), PPT<sup>2</sup> und PODEMOS<sup>3</sup> um or-



organisatorische Funktionen vor allem auf lokaler Ebene.

### Der Aufbau der neuen Partei gestaltet sich widersprüchlich.

An dem zweiten Treffen der „Antreiber“ der PSUV nahmen neben dem Präsidenten auch zahlreiche Gouverneure, Bürgermeister und Minister teil.

Bei dem Treffen vereidigte Chávez 2398 Menschen als neue För-



derer der PSUV. Eine der Voraussetzungen dafür war, zuvor keiner Partei angehört zu haben, um dadurch „eine frühe Bürokratisierung verhindern“ zu können, wie es das Mitglied der PSUV-Vorbereitungskommission Alberto Müller sagte.

Chávez wandte sich auch direkt an die Basis der Parteien PPT, Podemos und PCV und rief die Mitglieder auf, sich dem Aufbau der vereinten Partei anzuschließen – oder sich „würdevoll“ aus dem revolutionären Prozess zurückzuziehen.

1- UNT = Unión Nacional de Trabajadores – Nationale Arbeiterunion, 2003 neugegründeter linksgerichteter unabhängiger Gewerkschaftsdachverband

2- PPT = Patria para todos – Vaterland für alle, Regierungspartei, aus Strukturen der Causa R hervorgegangen. Die Causa R hatte als linkssozialdemokratische Partei in den 80er und 90er Jahren einigen Einfluss. Sie ist heute nahezu bedeutungslos und Teil der Opposition.

3- PODEMOS = Por la democracia social, Für die soziale Demokratie Podemos war als Abspaltung von der sozialdemokratischen Bewegung zum Sozialismus (MAS, Movimiento al socialismo) entstanden, als diese zur Opposition übergelaufen war.

Derzeit wird noch heftig diskutiert inwieweit die genannten Parteien in der neuen Partei aufgehen werden.

Das ZK der PCV z.B. hat eine Gruppe führender Funktionäre der Partei ermächtigt, Mitglied der PSUV zu werden, um so die Bildung der von Präsident Chávez vorgeschlagenen neuen Organisation „in dieser Etappe der Vertiefung und Radikalisierung der Bolivarianischen Revolution“ zu unterstützen. Sie wurden von ihren Verantwortlichkeiten in der PCV und als Parteimitglieder entbunden. Ein außerordentlicher Parteitag hatte allerdings im März die Auflösung der PCV (und Eingliederung in die PSUV) mit 90-prozentiger Mehrheit abgelehnt. 13 weitere ZK-Mitglieder wurden aus der Partei ausgeschlossen, nachdem sie sich in die Aufnahmelisten der PSUV eingetragen hatten. Doppelmitgliedschaften sind in der PCV nicht möglich.

Wie die Tageszeitung VEA im Januar 2007 meldete, hat PODEMOS, die bei der Präsidentschaftswahl am 3. Dezember mit 6,59 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft des bolivarianischen Lagers geworden war, ihren Beitritt zur PSUV beschlossen.

Seitdem ist, wohl auch angesichts ihres Wahlerfolges, ein erbitterter Streit über den Beitritt entstanden. Nachdem Generalsekretär Ismael García davon gesprochen hatte, seine Organisation werde sich weder an einer Einheitspartei noch an einer Vereinten Sozialistischen Partei beteiligen, da es sehr schlecht sei, wenn es „nur eine Form des Denkens“ gäbe, haben führende Mitglieder der Partei im Bundesstaat Zulia der Parteiführung die Gefolgschaft aufgekündigt. Der für PODEMOS in die Nationalversammlung gewählte Abgeordnete Libes González sagte, 80 Prozent der PODEMOS-Mitglieder befänden sich in „offener Rebellion“ gegen die Haltung des Generalsekretärs und unterstützten die Bildung der Vereinten Sozialistischen Partei.

Offenbar wächst auch in der drittstärksten Partei des bolivarianischen Lagers, der PPT die Unterstützung für die PSUV. Hier waren die Vorbehalte am stärksten gewesen.

Bereits ihr Aufgehen in der PSUV erklärt haben die MVR (Bewegung Fünfte Republik), die von Lina Ron geführte kleine UPV (Venezolanische Volkseinheit) und die linkssozialdemokratische MEP (Wahlbewegung des Volkes).

Auch im Gewerkschaftsdachverband UNT ist die Haltung der Partei gegenüber nicht einheitlich. Zu den Unterstützern gehören beispielsweise Stalin Pérez Borges und Rubén Linares, beide nationale Koordinatoren der UNT und Mitglieder der Klassenströmung innerhalb der UNT Corriente Clasista, Unitaria, Revolucionaria y Autónoma (C-CURA).

### „Wir brauchen eine einzige Partei“

In einer Rede anlässlich des Wahlsieges vom 3. Dezember 2006, hatte Chávez am 15. Dezember seine

Anzeige

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE  
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



In akt. Ausgabe (5/07) u.a.:

- ◆ Anton Kobel: »Rund um die Uhr«, zum Ende des Ladenschlusses – ein Rückblick
- ◆ Nadja Rakowitz: »Abgeschmackt«, über die Kunst rauszufinden, was das Fortschrittlichste ist
- ◆ Frank-Uwe Betz: »Alle Deutschen werden Nazi-Opfer«, der Fall Oettinger – Filbinger
- ◆ »Who's to blame? Die Telekom, die »Privilegien« – und warum nichts ist, wie es ist«
- ◆ Slave Cubela: »Protest im Überfluss«, Thesen zu G8, Weltwirtschaft, sozial. Protest

○ Ich möchte 1 Probeexemplar

○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vkl.)

Niddastraße 64  
60329 FRANKFURT  
Tel. (069) 67 99 84  
express-afp@online.de  
www.labournet.de/express



Idee einer Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas der Öffentlichkeit vorgestellt. Auszüge aus dieser Rede mögen verdeutlichen was ihm

dabei vorschwebt:

„Wir brauchen ein politisches Instrument im Dienst nicht der Parteilichkeit oder der (politischen) Färbung, sondern im Dienst des Volkes und der Revolution, im Dienst des Sozialismus. (...) Nach meiner Sicht der Dinge nehmen die politischen Instrumente, vor allem in einer Revolution, Übergangsformen an. Zumindest müssen sie sich dem Rhythmus des revolutionären Prozesses anpassen, dem Rhythmus der Veränderungen, dem revolutionären Tempo. (...) Die Revolution erfordert eine vereinigte Partei. Ich schlage vor, dass sich alle linken Strömungen Venezuelas darin integrieren. (...) Ich habe über den Namen nachgedacht: Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas. Mir gefällt dieser Name. (...)“

Warum eine Partei und nicht eine politische Front?

In einer Front behält jede Partei ihre Identität: der eine hat diese Farbe, der andere eine andere, der eine bezieht

### Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit und Mindestlohn

Das Nationale Statistikinstitut, Instituto Nacional de Estadísticas, meldete – ebenfalls Mitte Mai – die Arbeitslosenzahl habe den niedrigsten Stand seit 1999 erreicht. Gegenüber letztem Jahr ist die Arbeitslosigkeit um 1,4% auf 8,8% gefallen. Damit haben 469.675 mehr Menschen Arbeit als im Jahr zuvor. Zwischen April 2006 und April 2007 ist die Zahl der im formellen Sektor Beschäftigten um 239.428 gestiegen, damit ist ihr Anteil 55,4% der Arbeitskräfte.

Am 1. Mai kündigte Chávez an, bis 2010 die gesetzliche Arbeitszeit auf sechs Stunden täglich, bei einer 6-Tage-Woche, zu reduzieren. Er ernannte eine Kommission, die ein neues Arbeitsgesetz erarbeiten soll. Zugleich wurde am 1. Mai der Mindestlohn um 20% erhöht, er beträgt nun 210,22 Euro. Diese Erhöhung gilt auch für die Pensionen.

diese Position, der andere eine andere. Der revolutionäre Prozess Venezuelas braucht eine Partei und keine Buchstabensuppe. (...) Er braucht eine einzige Führung und es ist notwendig, dass wir alle in dieselbe Richtung zielen. Wir brauchen ein politisches Instrument, das Willen eint und sich nicht in inneren Kämpfen zermüht. (...)“

Vergessen wir nicht die chilenische Erfahrung. Die Unidad Popular war eine politische Front und während die Feinde des Prozesses sich vereinigten um diesen anzugreifen, schwächten die Widersprüche zwischen den verschiedenen Parteien dieser politischen Koalition, die unterschiedlichen Linien, die in ein und demselben Ministerium verfolgt wurden, je nach der politischen Färbung desjenigen, der ein Amt innehatte, die Regierung Allendes stark. (...)“

Die linken Parteien des 20. Jahrhunderts kopierten das bolschewistische Modell

Das bolschewistische Modell war äußerst erfolgreich in den Gründerjahren der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution von 1917. (...) Die Partei, die dies organisierte, war die Bolschewistische Partei von Wladimir Iljitsch Lenin.

Aber dann kam es zu einer Abweichung, einer stalinistischen Abweichung. Lenin konnte sie nicht vermeiden, weil er krank wurde und kurz darauf starb.

Die Partei wurde zu einer undemokratischen Partei. Die großartige Parole ‚Alle Macht den Räten‘ wurde in der Realität zu ‚Alle Macht der Partei‘. Dies ist mein bescheidenes Urteil. Und dies passierte bereits kurz nach dem Beginn der sozialistischen Revolution. (...)“

Das Resultat 70 Jahre später: Als die Sowjetunion stürzte verteidigte sie kein Arbeiter. Das Regime war ein elitäres geworden, das nicht den Sozialismus aufbauen konnte. (...)“

Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts wird in seinem Wesen demokratisch sein

Der Sozialismus den wir entwerfen wird nicht unvereinbar sein mit der Demokratie, wie manche glauben oder glauben machen wollen. Andere Epochen hatten andere Problemstellungen. Die Diktatur des Proletariats von Karl Marx ist im Venezuela von heute nicht durch-

föhrbar. Unser Projekt ist hauptsächlich demokratisch. Wir sprechen von Volksdemokratie, partizipativer Demokratie, protagonistischer Demokratie.

Die demokratischste (Partei) der venezolanischen Geschichte

In dieser neuen Partei wird die Führung durch die Basis gewählt. Dies erlaubt das Auftreten der wahren Führer. Schluss mit dem Fingerzeig und fast immer war es mein Finger. (...) Ich habe zwar immer versucht gerecht zu sein, wenn ich gebeten wurde Entscheidungen

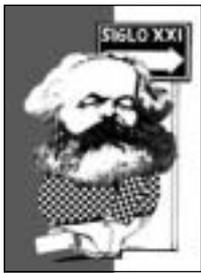


über Kandidaturen zu treffen. Aber es ist besser, dass diese von unten, von der Basis getroffen werden. Dass es das Volk ist, das entscheidet, wie es seit sieben Jahren in der Verfassung steht. Das haben wir nicht umgesetzt und jetzt ist es an der Zeit, dies zu tun. (...)“

### Gewerkschaft

Seit ihrer Gründung im April 2003 haben in der UNT keine Wahlen stattgefunden. Obwohl es zu den Gründungsbeschlüssen gehörte, innerhalb eines Jahres freie und demokratische Wahlen der Gremien durch die Basis durchzuführen, wird dies mit immer neuen Argumenten von Teilen der Funktionäre verhindert. Die Corriente Clasista, Unitaria, Revolucionaria y Autónoma (C-CURA) versucht derzeit zumindest auf Bundesstaatsebene (Carabobo und Zulia) Wahlen zu durchzusetzen.

Die Konflikte unter den verschiedenen Richtungen innerhalb der UNT werden wahrscheinlich noch an Schärfe zunehmen, seit Chávez den ehemaligen FBT-Funktionär José Ramón Rivero als Arbeitsminister ins Kabinett geholt hat. Die FBT, Fuerza Bolivariana de Trabajadores (Bolivarianische Kraft der Arbeiter) sind ein Zusammenschluss regierungsnaher Gewerkschaften. Nachdem im öffent-



lichen Dienst mit 900.000 Beschäftigten und im Ölsektor die Tarifverträge ausgelaufen sind finden erbitterte Machtkämpfe statt, darüber welche

Gewerkschaften die neuen Verträge aushandeln wird. Obwohl die C-CURA in beiden Sektoren die Mehrheit hinter sich hat, versucht der Ar-



beitsminister seinen Flügel durchzusetzen. Dies veranlasste den Minister für Bergbau zu der Feststellung, verhandelt würde nur mit der Mehrheit.

Zugleich hat Chávez kürzlich bei einer Veranstaltung vor Unterstützern der PSUV geäußert, dass die Gewerkschaften nicht länger autonom sein dürften und dabei seine Unzufriedenheit über die Spaltungen der Gewerkschaftsbewegung im Hinblick auf die verschiedenen Strömungen innerhalb der UNT ausgedrückt. In einem offenen Brief bekräftigte daraufhin die C-CURA ihre Position, die unter Bezug auf Lenin die Unabhängigkeit der Gewerkschaften für unabdingbar hält im Kampf gegen Bürokratie und für die Interessen der Arbeiter. Dies bedeute keinesfalls eine Schwächung sondern vielmehr eine Stärkung der Revolution. Die Autoren zitieren Lenin, der 1920 in „Über die Gewerkschaften“ sagte: „(...) Unser heutiger Staat ist derart beschaffen, dass das in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat sich schützen muss, wir aber müssen diese Arbeiterorganisationen zum Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat und zum Schutz unseres Staates durch die Arbeiter ausnutzen.“ Die von Chávez kritisierte Spaltung könne nur dadurch überwunden werden, dass die Basis in demokratischen Wahlen

ihre Vertreter legitimiert, wie das ja auch in der PSUV der Fall sein soll. Außerdem werden schwere Vorwürfe erhoben gegen Organisatoren der PSUV, die offensichtlich nur die FBT aufgenommen, Vertreter anderer Strömungen aber von den Aufnahmelisten gestrichen haben sollen.

### Autogestión, Cogestión und Arbeitskämpfe

In der venezolanischen Verfassung ist festgelegt, dass unter ganz bestimmten Voraussetzungen Enteignungen möglich sind: „Das Recht auf Eigentum wird garantiert. Jede Person hat das Recht auf Gebrauch, Nutznießung, Genuss und Verfügung ihrer Güter. (...) Nur aufgrund öffentlichen Nutzens oder gesellschaftlichem Interesse, mittels eines rechtskräftigen Urteils und angemessener Bezahlung einer gerechten Entschädigung, kann die Enteignung jeder Art von Gütern erklärt werden.“ Kap. VII, Art. 115 der Verfassung.

Auf der Grundlage dieses Artikels wurde mittlerweile eine Reihe von Unternehmen enteignet. In den meisten Fällen handelte es sich um Betrieb, deren Eigentümer sich aus dem Staub gemacht hatten, die Konkurs angemeldet hatten und die nach längerer Schließung durch die Belegschaften besetzt und wieder in Gang gesetzt wurden. Die Eigentums- und Verwaltungsmodelle variieren zwischen dem Aufkaufen des Betriebes durch die ArbeiterInnen mittels Regierungskredit (z.B. Union Cooperativa Agroindustrial del Cacao – Juli 2005) und der Aufteilung in Staatsbesitz zu 51% und Kooperativenbesitz zu 49% (z.B. die Papierfabrik Invepal, vormals Venepal – Januar 2005 und die Ventilfabrik CNV – April 2005). Unabhängig davon wie die Eigentumsverhältnisse gestaltet sind, soll die Produktion und Verwaltung in den Händen einer Kooperative liegen. Kooperativen werden umfassend gefördert, etwa durch günstige bis hin zu zinslosen Staatskrediten oder Steuervorteile. Auch für die Privatindustrie gibt es ein Sonderprogramm, das den Zugang zu günstigen Krediten ermöglicht, wenn sie

### Aktuelle wirtschaftliche Daten

Nach Angaben der venezolanischen Zentralbank, Banco Central de Venezuela (BCV), Mitte Mai, hat die venezolanische Wirtschaft in den letzten dreieinhalb Jahren eine kontinuierliche jährliche Wachstumsrate von 12,6%.

Im ersten Quartal 2007 stieg das BIP um 8,8%.

Alle produktiven Wirtschaftssektoren haben in diesem Zeitraum ein Wachstum zu verzeichnen. Der private Sektor mit 10,3%, der öffentliche Sektor nur mit 1,7%. Auffällig ist, dass die nicht mit Öl in Verbindung stehenden Wirtschaftszweige ein Wachstum von 10,6% zu verzeichnen haben, die Ölindustrie hat dagegen einen negativen Wertzuwachs von -5,6%. Dies sei vor allem auf die Förderbeschränkungen durch die OPEC auf 138.000 Barrel pro Tag zurückzuführen, gibt die BCV an. Diese Maßnahme trifft besonders die private Ölwirtschaft mit einem Rückgang von 24,3%, während der staatlichen Ölsektor

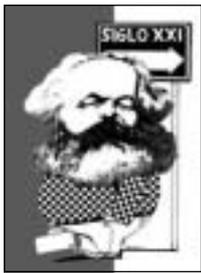
nur eine leichte Minderung von 0,7% verschmerzen muss.

Besonders hohe Zuwächse hat die Baubranche (26,5%) und das Finanzgeschäft (26,2%), gefolgt vom Handel (20,8%), Kommunikation (18,3%), Transportwesen (16,4%), Lebensmittelindustrie (13%) und Handwerk (7,8%).

Als Ursachen für den Wachstum macht die BCV neben anderen Faktoren vor allem die höheren Haushaltseinkommen, die gestiegenen öffentlichen Ausgaben, vermehrte staatliche Investitionen in Infrastruktur und Ausgaben für Sozialprogramme und den gestiegenen Beschäftigungsgrad aus. Die kürzlich angehobenen Mindesteinkommen dürften wahrscheinlich noch keine Rolle für das erste Quartal 2007 gespielt haben.

Quellen:

venezuelanalysis.com, aporrea.org, Banco Central de Venezuela



sich verpflichten ein Modell der Arbeitermitverwaltung einzuführen und die Belegschaft an der Verwaltung, Leitung und den Gewinnen zu beteiligen.

(Venezuela Bolivariana, Dario Azzellini, 2006) Die Cogestion oder Arbeitermitverwaltung wird in unterschiedlicher Weise und Intensität vor allem in Staatsbetrieben umgesetzt, aber auch in einer Reihe privater Unternehmen. Eins der darin erfolgreichsten Unternehmen ist ALCASA, das zweitgrößte Aluminiumwerk Venezuelas und Teil des staatlichen Basisindustrien-Konglomerats CVG. Die Arbeiterversammlung ist die höchste Autorität. Alle Ämter werden von ihr gewählt und sind abwählbar. Die nächste niedrigere Instanz sind die runden Tische der in den Abteilungen gewählten Sprecher, darunter kommen die Abteilungsleiter, die genauso viel verdienen wie die ArbeiterInnen. Es gibt politische Schulungen, einige der Bildungsmissionen werden durchgeführt und Gesundheits- und Umweltschutzprogramme entworfen. Im August vergangenen Jahres teilte Carlos Lanz, Direktor von ALCASA mit, dass die Produktion um 11% gesteigert wurde.

In anderen Unternehmen werden allerdings langwierige Kämpfe um die Cogestion geführt und keineswegs nur in Privaten. Die Gewerkschaften der UNT forcieren die Modelle der Mitbestimmung, sehen darin aber eher eine Etappe auf dem Weg zur Selbstbestimmung, zur Arbeiterkontrolle der Unternehmen. Naturgemäß ist dies nicht das Ziel der Privatunternehmer, aber auch nicht von Teilen des Leitungspersonals in Staatsbetrieben.

Zurzeit finden in verschiedenen Sektoren Arbeitskämpfe für die Verstaatlichung (mit gleichzeitiger Einführung von Kooperativenmodellen) statt. Oder aber für die Wiederverstaatlichung, wie im Fall von SIDOR, einem der größten Stahlwerke Lateinamerikas. Seit seiner Privatisierung 1998 gehört es Hylsamex (México), Siderar (Argentinien), Sivensa (Venezuela) und Usiminas (Brasilien). Von einstmalig ca. 12.000 Beschäftigten sind heute

noch 4.500 direkt angestellt und 7.000 arbeiten für Subunternehmer. Die Forderung der UNT nach Wiederverstaatlichung stieß auf Ablehnung in der Regierung, die dazu keinen Grund sah. Mit steigendem Stahlpreis und dem anhaltenden Bauboom in Venezuela wurde aber schließlich auch in der Regierung der Gedanke an Verstaatlichung des zum größten Teil für den Export produzierenden Unternehmens aktuell. Dieser stieß natürlich auf klare Ablehnung der Eigentümer und insbesondere mit Argentinien wollte man keinen Streit. In einem Abkommen wurde die Produktion für den venezolanischen Markt zu günstigen Preisen geregelt. Dies stellt aber keine befriedigende Lösung im Sinne der Beschäftigten dar, die daraufhin für die Verstaatlichung in Streik getreten sind.

**Eine Schlussbemerkung zu privaten Medien und RCTV**



Demonstration für die Verlängerung der Sendelizenz für RCTV

Über die Schlüsselrolle, die die privaten Medien, vor allem die Fernsehsender, beim Putsch gegen Chávez im April 2002 spielten ist zumindest in linken Publikationen hierzulande ausreichend aufgeklärt worden. Die TV-Anstalten mobilisierten nicht nur zu der Oppositionsdemo am Tag des Putsches, sondern waren maßgeblich daran beteiligt diese (entgegen der eigentlichen Route und trotz Verbotes) zum Präsiden-

tenpalast umzulenken und dorthin zu mobilisieren. Ihre verzerrte Darstellung der Realität zeichnete ein Bild von friedlichen oppositionellen DemonstrantInnen, die von Regierungsanhängern zusammengeschossen wurden. Auf diese Weise gelang es ihnen die Stimmung anzuheizen und eine Situation herbeizuführen, die letztlich in den Pusch mündete. Eine ähnliche Haltung nahmen die privaten Medien im Unternehmerstreik 2002/03 ein. In den 64 Tagen des „Streikes“ strahlten die großen Sender im Rahmen eines gemeinsam gestalteten Programmes 17.600 Spots gegen die Regierung aus. (Dario Azzellini, Venezuela Bolivariana, 225)

Nun ist seit Monaten eine kontroverse Diskussion im Gange, weil die Sendelizenz für RCTV, einen der größeren Privatsender, nicht verlängert wurde. Sie lief am 27. Mai dieses Jahres aus. Stattdessen wird auf der Frequenz der neugeschaffene öffentliche Sender Tves ausstrahlen. RCTV muss sich auf die Kabelnetze, Satellit und das Internet beschränken.

Die Vorwürfe hier würde die Pressefreiheit beschnitten, oder sogar ein Schritt auf dem Weg in die Diktatur gegangen, die auch von hiesigen Linken gemacht werden, können wir nicht teilen. Schon gar nicht akzeptieren wir die „Kritik“ bürgerlicher JournalistInnen und ModeratorInnen, die auch bei diesem Thema, wie so häufig, ihren Informationsmangel offenbaren. Sie sollten sich überlegen, wie deutsche Landesmedienanstalten damit umgehen würden, wenn sie ihre Medien nutzen um öffentlich zum gewaltsamen Sturz von Bundeskanzlerin Merkel aufzurufen.

Anzeige

**GLOBALISIERUNG WIR SIND DIE OPFER**

BRD MITTE WELT 56

BRD MITTE WELT 55

BRD MITTE WELT 35

**Nadeln und Netze**

**Bananen**

**MADE IN KOREA**

Sozialangebot zum Ost-Gipfel diese drei Broschüren 5 Euro [www.brd-dritte-welt.de](http://www.brd-dritte-welt.de)

Magazin Verlag, Schulstraße 9, 20118 Berlin

## Kolumbien: Todesschwadronen hinter demokratischer Fassade und linker Widerstand

**A**ls Maria Consuelo Araujo, 35, Außenministerin der Republik Kolumbien, Ende Januar Berlin ihren Antrittsbesuch abstattete, ahnte sie möglicherweise noch nichts von dem Gewitter, das sich über sie und ihren Familienclan zusammenbraute. Drei Wochen später war sie ihr Amt los.

Was war geschehen?

Der Bruder der adretten Ministerin, Senator Alvaro Araujo, Vorsitzender einer kleinen Partei, die zur Regierungskoalition gehört, war auf Weisung des Obersten Gerichts verhaftet worden. Ihm werden enge Beziehungen zu den Paramilitärs zur Last gelegt. Ein weiterer Bruder steht unter dem Verdacht der Geldwäsche. Ebenso ins Visier der Justiz geraten ist der Vater, ein ehemaliger Senator, Landwirtschaftsminister und Provinzgouverneur. Gegen ihn wird wegen eines Entführungsfalles ermittelt.

Abgelöst wurde die Außenministerin von einem, der schon einmal Minister war, der aber die letzten sechs Jahre als Gefangener der FARC in völliger Abgeschiedenheit verbracht hatte und dessen Ernennung deshalb allenthalben Verwunderung auslöste. „Der Diplomat, der aus dem Dschungel kam“, titelte die SZ am 21.2.07. Was von Präsident Uribe vielleicht als Befreiungsschlag gedacht war, könnte ihm im weiteren Verlauf der Ereignisse zum Problem werden.

Laut Raul Reyes, Sprecher der FARC, war der Grund für die Gefangennahme des nunmehrigen Außenministers Fernando Araujo seine Beteiligung „an der Vertreibung afrokolumbianischer Siedler, um ihren Boden an die regierende Mafia an der Atlantikküste zu vergeben.“ (jW, 18.4.07) Derzeit profitiert Araujo noch vom Mitleid des über die Medien geschickt lanzierten Bildes eines abgemagerten Opfers mit zerrissener Kleidung. Doch schnell könnte ihn seine Vergangenheit einholen.

In dieser für die kolumbianische Regierung komplizierten Situation besuchte im März Horst Köhler das Land. 36 Jahre liegt der letzte Besuch eines deutschen Bundespräsidenten zurück. Eine Journalistin aus der Begleitmannschaft Köhlers – für die Deutsche Welle tätig – beschreibt die aktuelle Lage: „Politisch gesehen erlebt das Land zurzeit ein nicht enden wollendes Erdbeben. Es ist Schauplatz eines der schwersten Politskandale seiner Geschichte.“ Noch während der Anwesenheit des Bundespräsidenten machte auch George W. Bush im Rahmen seiner Lateinamerikatour kurz Station in Bogota. Seine Anwesenheit war von massiven Sicherheitsvorkehrungen geprägt. Antiimperialistisch orientierte Teile der Bevölkerung ließen sich nicht abschrecken und bereiteten dem verhassten Regierungsgast einen lautstarken Empfang. Was Köhler betrifft, fiel auf, dass er bei diversen Gesprächen durchaus kritische Anmerkungen machte, was die Lage der Menschenrechte im Lande betrifft, sich aber für die politische Opposition und für die Angehörigen von Entführungsoffern keine Zeit nahm. Senator Petro von der Oppositionspartei „Alternativer Demokratischer Pol (PDA)“ äußerte: „Ich denke, dass Köhler die kolumbianische Realität nur aus einem bestimmten Blickwinkel sehen wollte.“ Das Auswärtige Amt liefert dazu die Hintergründe:

„Wichtigste Ausfuhrüter Kolumbiens sind Erdöl, Steinkohle, Kaffee, Schnittblumen, Bananen, Nickel, Textilien, Chemikalien, Lederwaren, Smaragde. Wichtigste Einfuhrüter sind Kraftfahrzeuge, Ausrüstungen für die Telekommunikation, chemische Produkte und Vorprodukte, Eisen- und Stahlprodukte, Papier und Karton, Polyethylen und landwirtschaftliche Produkte. Bedeutendster Handelspartner sind die USA, die 40% der gesamten Exporte abnehmen. Zweitwichtigster Handelspartner sind die Staaten der Andengemeinschaft, gefolgt von der Europäischen Union, wobei Deutschland innerhalb des Handels mit der EU an erster Stelle liegt. Die

deutsche Einfuhr aus Kolumbien betrug im Jahre 2005 wertmäßig 590,7 Mio EUR, die deutsche Ausfuhr dorthin 688,9 Mio EUR.“ (Aus: Auswärtiges Amt, Januar 2007)

Und „immer mehr nähert sich die Affäre dem Präsidenten Uribe selbst“, vermutet Peter Burghardt in der SZ vom 21.2.07). Es ist ja nicht nur das Malheur um die Familie der Außenministerin, die der Uribe Regierung zu schaffen macht. Weitere Politiker aus dem Regierungslager sitzen im Gefängnis. Mitte Mai 2007 waren bereits 13 Parlamentarier und zwei Gouverneure in Untersuchungshaft.

Schon vor den letzten Wahlen, bei denen das Uribe-Lager eine bemerkenswerte Bestätigung verbuchen konnte – lässt man einmal die Gesamtproblematik außer acht – haben die Paramilitärs behauptet, über ein Drittel der Parlamentarier sei auf ihrer Seite. Nach den Wahlen dürfte der Anteil noch deutlich höher liegen.

### Im Dickicht des Paramilitarismus

Es tauchen immer neue Fakten auf, seit im März 2006 die Nummer zwei in der paramilitärischen Hierarchie verhaftet werden konnte. Die Auswertung einer Festplatte ergab Hinweise zu über 50 Morden, die erst nach Beginn des Demobilisierungsprozesses der Paramilitärs in Auftrag gegeben worden waren. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen wurde auch ein Vertrag bekannt, den 2001 führende Paramilitärs mit Abgeordneten abgeschlossen hatten. Dass die meisten dieser Abgeordneten aus dem Regierungslager kommen, wird nicht verwundern, macht die Sache für den Präsidenten aber noch komplizierter. Die enge Verzahnung von staatlichen Institutionen und dem Paramilitarismus belegt auch die Aussage von Rafael Garcia, dem ehemaligen Chef der Informatikabteilung des DAS, des größten Geheimdienstes des Landes. Er gab vor Gericht zu, Mitglied des AUC, des pa-

ramilitärischen Dachverbandes (gewesen) zu sein und Daten über Paramilitärs gelöscht zu haben. Außerdem habe – laut seiner Aussage – sein Vorgesetzter Informationen über Gewerkschafter, Studentenvertreter und Angehörige sozialer Bewegungen an die Paramilitärs weitergegeben. Was das in Kolumbien für die Betroffenen bedeutet, bedarf keiner näheren Erläuterung.

Somit nähert sich „die Affäre“ dem Präsidenten selbst, der sich mit einem sehr porösen Unterbau versehen hat, der Risse aufweist, punktuell wegbricht und immer größere Einblicke ermöglicht. Peter Burghardt, SZ-Korrespondent für und in Lateinamerika, jeglicher Sympathien für linke Bewegungen unverdächtig, hat ein Gespür dafür, was eintreten könnte, wenn die Bourgeoisie eines Landes und das politische Personal das bestehende Kräfteverhältnis so sehr zur eigenen Bereicherung strapazieren, dass große Teile der Bevölkerung zum Widerstand genötigt werden.

Günther Pohl bringt den Sachverhalt in der *UZ* auf den kurzen Nenner: „*Kein Land auf der Welt hat einen deutlicher und definierter geführten Klassenkampf wie Kolumbien; von beiden Seiten.*“ (27.4.07) Burghardt wirft Uribe letztlich Erfolglosigkeit in zentralen Bereichen vor, wenn er bemängelt: „*Doch die Rauschgiftproduktion nimmt keineswegs ab, Millionen Kolumbianer sind auf der Flucht, und die Kritik an der Strategie der sog. demokratischen Sicherheit (= Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche) wächst.*“ Zusätzlich werde der US-Kongress unruhig und Anrainer beklagten die Giftbesprühung von Kokafeldern. Des weiteren forderten Angehörige „*humanitäre Lösungen*“. (SZ, 12.3.07)

Burghardts Kommentierung geht in Richtung Abgesang. Er sieht Uribes Stern verblassen und beteiligt sich an der Demontage, indem er einige Details, die längst bekannt sind, nachlegt. So etwa verweist er auf die früheren Verbindungen der Uribes mit Drogenkartellen und Paramilitärs. Dass schon Uribes Vater, Großgrundbesitzer in Medellín, „*Kontakte zu einem Kokainkartell nachgesagt*“ wurden. Dass der Präsident früher selbst eine sog. Bürgerwehr gegründet hat, „*aus der mit Hilfe von Drogen-*

*geld und Unternehmern die rechtsextremen Paramilitärs hervorgingen.*“

Wie stabil ist also das System Uribe noch? Immerhin ist Alvaro Uribe trotz oder wegen seiner Angreifbarkeit der Mann Washingtons. Er ist der treueste und wohl nur noch einzige Verbündete von George W. Bush unter den südamerikanischen Staatschefs. Kein anderer unterstützte den Überfall auf den Irak. Auf Uribe ist Verlass. Schließlich soll er als Nummer 82 auf einer Liste der wichtigsten kolumbianischen Drogenhändler geführt werden. Auf dieser Liste war auch der berüchtigte Anführer der Medellín Kartells, Pablo Escobar, vor seinem gewaltsamen Hinscheiden vermerkt. Die Liste soll vorübergehend aus den Schubladen der CIA und der US-Antidrogenbehörde DEA verschwunden sein. Uribe weiß über die Liste Bescheid, das macht ihn für die US-Regierung berechenbar. Aber es gibt nicht nur die US-Regierung. Die Luft ist in den beiden Parlamentshäusern für die Republikaner dünn geworden. Es wird nicht mehr alles blind abgesegnet, was das Weiße Haus vorträgt. Das betrifft nicht nur die ausufernden Mittel für die Irak-Besatzungskosten. 55,2 Millionen Dollar Militärhilfe für Kolumbien sollen auf Initiative eines US-Senators der Demokraten vorerst auf Eis gelegt worden sein „*bis die Verbindungen Uribes zu Paramilitärs untersucht sind*“. Das ist zwar angesichts der über vier Milliarden Dollar, die dem kolumbianischen Repressionsapparat bereits durch den Plan Colombia zur Verfügung gestellt worden sind, kein ins Gewicht fallender Betrag. Ein Signal ist der Vorgang allemal. Und wenn im Januar 2009 ein neuer US-Präsident aus dem Lager der Demokraten ins Amt eingeführt wird, ist nicht auszuschließen, dass der die Mittel zur Durchsetzung imperialistischer Ziele in Kolumbien anders bestimmt. Vielleicht müssen aber auch schon vorher Konsequenzen gezogen werden. Nicht nur Teile des kolumbianischen Militärs sind in das Drogengeschäft eingebunden. Immer öfter werden Fälle bekannt, wo US-Soldaten aktiv beteiligt sind. Bereits vor zwei Jahren wurden ein Green-Beret-Leutnant und ein Sergeant erwischt, als sie 32 900 Rollen Munition an Todesschwadronen verkauften, die reichlich über Bargeld

aus Drogengeschäften verfügen. Und fünf US-Soldaten – die für die Ausbildung lokaler Truppen in Anti-Guerilla und Anti-Drogentaktik eingesetzt werden sollten-, waren festgenommen worden, nachdem 16 Kilogramm Kokain in dem Flugzeug, welches von einer Militärbasis in Südkolumbien in die USA fliegen sollte, gefunden wurde. (Anncol, 17.5.05) Nur selten dringen die Vorkommnisse an die Öffentlichkeit. Die US-Militärführung sieht das nicht gern.

### Fallstricke für die Regierung

Doch zurück zu Uribe, dem Repräsentanten der Oligarchie, dem es gelungen ist, das traditionelle Zweiparteiensystem zu sprengen und die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie hinter sich zu bringen. Warum geriet der Präsident gerade zu dem Zeitpunkt in erhebliche Schwierigkeiten, als er mit der Demobilisierung der AUC, der Paramilitärs, Erfolge vorweisen konnte? Offensichtlich sind führende AUC-Warlords, die die nächsten Jahre in Haft verbringen müssen, mit dem Auftreten ihrer ehemaligen Verbündeten aus Politik und den bewaffneten Staatsorganen recht unzufrieden. Die Rollenzuteilung stößt auf Widerstand. So Ivan Duque, der an führender Stelle für die AUC „*tätig*“ war und auf seinen Prozess wartet: „*Bis an die Zähne bewaffnete Männer, die sich in weiten Landesteilen frei bewegen konnten – und keiner hat sie bemerkt, keiner hat mit ihnen kooperiert? Kolumbien ist ein Land der Heuchler.*“ Duque spricht von 17.000 Bewaffneten und über 10.000 logistisch Tätigen und Informanten. Auf die Rolle Uribes verweisend stellt er die Frage und beantwortet sie zugleich: „*Können diese Kontakte – ich spreche von Politikern, Militärs und Wirtschaftsvertretern – bestanden haben, ohne dass der Chef der Chefs davon wusste? Das ist unmöglich.*“

Und Salvatore Mancuso, Viehzüchter und bis 2005 Chef der AUC – er sitzt derzeit im Hochsicherheitsgefängnis Itagüi – legt nach: „*Der Paramilitarismus gehörte zur offiziellen Politik in Kolumbien, ich bin der lebende Beweis dafür.*“ Mancuso, der die Beteiligung an 87 Verbrechen mit 336 Opfern gestanden hatte, gab zu Pro-

tokoll, er habe mit dem inzwischen pensionierten General Alejo del Rio und zwei weiteren Armeegenerälen eng zusammengearbeitet. Außerdem belastete er zwei der engsten Mitarbeiter Uribes schwer: Vizepräsident Francisco Santos und Verteidigungsminister Juan Manuel Santos, Vetter des Vizepräsidenten. Francisco soll ihm den Vorschlag gemacht haben einen Kampfblock der Paramilitärs für die Hauptstadt zu gründen. Manuel soll um seine Hilfe beim geplanten Sturz des (früheren) Präsidenten Ernesto Samper nachgefragt haben. Was die Kontakte mit sog. Wirtschaftsvertretern anbelangt, konkretisierte Mancuso diese mit einem Beispiel aus dem Bereich der Bananenproduzenten. Laut Mancuso kam es Ende 1997 zu einem Pakt zwischen den Bananenproduzenten und den Paramilitärs. Zur Erläuterung sagte er: „Dieser Pakt wurde mit *Chiquita Brands Inc., Dole, Banacol, Uniban, Proban und Del Monte* geschlossen. Sie zahlten uns einen Cent (US-Dollar) pro exportierte Bananenschachtel. Die Firma Dole war mit der Eintreibung dieses Geldes und die Durchführung dieser Operation beauftragt, wovon alle Firmen absolut Kenntnis hatten.“ Uribe war von 1995 bis 97 Gouverneur der Provinz Antioquia, in der die Bananenbau-region Uraba liegt. Dort zerschlugen die Paramilitärs die Gewerkschaftsbewegung der BananenarbeiterInnen und die stark verankerte linke Oppositionspartei Union Patriótica mit äußerster Brutalität. Die Zusammenarbeit von staatlicher und privater Gewalt war über die Jahre so angewachsen, dass von einem Gewaltmonopol des Staates nicht mehr die Rede sein konnte. Die Regierung Uribe erkannte die Gefahr, die von dieser Entwicklung ausgeht.

Zwar ist im Interesse der Aufrechterhaltung der bestehenden Ausbeutungsverhältnisse die funktionale Auslagerung von Gewalt an z.B. Todesschwadronen temporär vertretbar und in den vergangenen Jahrzehnten in diesem Teil der Welt häufig und zumeist recht erfolgreich angewendet worden, aber wie *Raul Zelik* treffend bemerkt, lassen sich zwar Rohstoffvorkommen auf der Grundlage von Banden- und Enklavensystemen ausplündern „aber keine komplexeren wirtschaftlichen Kreisläufe organisieren.“ (...) „Ohne die vom Staat

*garantierten Leistungen – Unterhaltung einer Infrastruktur, Rechtssicherheit, räumliche Souveränität – ist kapitalistische Ökonomie (...) unvorstellbar.“*

### Kann die kolumbianische Linke aus der Schwäche des Regierungslagers Nutzen ziehen?

2006 ist es nach Jahrzehnten der Zersplitterung auf der Linken gelungen, ein gemeinsames Wahlprojekt auf die Beine zu stellen: Polo Democrático Alternativo (PDA), kurz Polo genannt. Der Präsidentschaftskandidat des Polo, der ehemalige Verfassungsrichter Gaviria Diaz brachte es auf 22 Prozent der Stimmen, ein deutlicher Sprung gegenüber den Wahlen von 2002. Der damalige Präsidentschaftskandidat der Linken hatte sich mit 6 Prozent zufriedengeben müssen. Die gestärkte Linke tritt im Parlament selbstbewusster auf und greift den angeschlagenen Präsidenten massiv an. Die derzeit laufenden Ermittlungsverfahren liefern ausreichend Stoff dafür. Die Linkswende in den Nachbarländern wirkt sich ebenfalls ermutigend aus. Und wenn schon die Medien in Kolumbien sel-

ber mit erheblichen Einschränkungen zu kämpfen haben, so fördert gerade der von Venezuela initiierte Fernsehkanal Telesur die Berichterstattung über die sozialen Kämpfe im Land. Mit dem neuen Sender ALBA-TV, der ab September auf dem ganzen südlichen Kontinent über Satellit zu empfangen sein wird, wird die fortschrittliche Berichterstattung noch effektiver.

Die Wahlergebnisse von 2006, so begrüßenswert und wichtig sie für die Linke sind, sagen noch nicht viel über das tatsächliche Kräfteverhältnis im Lande aus. Eine geringe Wahlbeteiligung relativiert die Bedeutung des Wahlvorgangs. Die Voraussetzungen für demokratische Wahlen sind nicht gegeben. Die Militarisierung des Landes verhindert die freie Artikulation systemkritischer Meinungen und beeinträchtigt die soziale Organisation in unerträglicher Weise.

Kann sich unter diesen Bedingungen sozialer Protest überhaupt noch öffentlich bemerkbar machen? Es ist kaum vorstellbar, aber dennoch Realität. In der zweiten Maihälfte demonstrierten fast eine Million Menschen in Bogota gegen ein Freihandelsabkommen mit den USA und



Gründung 1986 wurden nicht weniger als 4000 Mitglieder ermordet“, sagt der CUT-Menschenrechtsexperte. „Cortar Cabezas“-Köpfe abschneiden, heißt das in Kolumbien lapidar. Doch auch die Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse sorgt für den schwin-

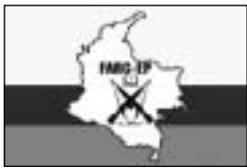
### Feindbild Gewerkschaft

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Menschen nimmt in Kolumbien seit Jahren kontinuierlich ab. Bei 42(\*) Millionen Einwohnern gibt es gerade noch eine Million Gewerkschaftsmitglieder. Entlassungen, Angst und Verfolgung sind Alltag, erklärt Domingo Tovar von Kolumbiens größtem Gewerkschaftsdachverband CUT. „Seit der

denden Einfluss der Arbeitervertretungen. 62 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung Kolumbiens arbeiten ohne reguläre Anstellung. Diese Veränderung der Arbeitsverhältnisse hat auch den Verfall des Durchschnittslohns nach sich gezogen. Der sank laut CUT von 600 US-Dollar auf derzeit 120 US-Dollar (etwa 93Euro).

Aus: ver.di PUBLIK 5/2007

gegen Regierungspläne zu Kürzungen im Bildungsbereich. Das Freihand-



delsabkommen, das bereits Ende 2006 unterzeichnet wurde, müsste noch vom US-Kongress ratifiziert werden. Die Demokraten verweisen jedoch auf die Parapolitik in Kolumbien und blockieren vorerst, was wiederum Präsident Uribe vor Wut schäumen ließ: „Wir können nicht akzeptieren, dass der Freihandelsvertrag mit Panama und Peru genehmigt wird und Kolumbien in dieser Schlacht bestraft wird.“ Es sei „inakzeptabel“, Kolumbien „wie einen Paria zu behandeln“. (taz, 22.5.07) Die sozialen Bewegungen würden das, was Uribe als Strafe bezeichnet, nämlich das Nichtzustandekommen des Abkommens, auf sich nehmen.

### Die bewaffnete Linke

Am 7. Februar berichtete die Neue Züricher Zeitung über einen „Krieg unter den Guerillagruppen Kolumbiens“. Sie stützte sich dabei auf übereinstimmende Meldungen zweier kolumbianischer Nachrichtenmagazine. Laut Schätzungen seien „bei Kämpfen in diversen Gebieten des Landes (...) mindestens dreihundert Mann ums Leben gekommen“. Der Korrespondent der NZZ mutmaßt über die Hintergründe der Auseinandersetzungen: „Die jetzige Runde blutiger Rivalität (...) dürfte durch diverse Akte von Mord und Raub, Verrat und Täuschung ausgelöst worden sein.“ Die NZZ ist zwar ein den Interessen des Kapitals verpflichtetes Blatt, aber insgesamt „seriös“. Das aufgeklärte Bürgertum will von dieser Zeitung gediegene Informationen bekommen. So war auch in dieser Angelegenheit zu befürchten, dass es tatsächlich zu üblen Auseinandersetzungen zwischen den FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia), die etwa über 20 000 Bewaffnete verfügen, und der ELN (Ejército de Liberación Nacional), mit geschätzten 4500 KämpferInnen, gekommen ist. Wie sich inzwischen herausgestellt hat, waren es nicht

„Mord, Raub, Verrat und Täuschung“, die zu den Zusammenstößen geführt haben. Auch die Zahl der Getöteten dürfte aus der Luft gegriffen sein. Reduziert man die Ausmaße des Konfliktes auf den rationalen Kern, bleibt es noch schlimm genug, wenn linke Organisationen gewaltsam aufeinander losgehen.

Es gibt von beiden Seiten den Vorwurf, die jeweils andere Seite habe die Übergriffe zu verantworten. Und es gibt von beiden Seiten ernsthafte Bemühungen, die Konflikte friedlich beizulegen. So hieß es in einer Erklärung des Zentralkomitees der ELN Anfang März: „Sowohl die FARC wie auch der ELN sind Teil des historischen Erbes eines kontinentalen, antiimperialistischen Widerstandes; wir sind Kämpfer für den Sozialismus und dienen der revolutionären Sache des lateinamerikanischen Volkes.“ (jW, 6.3.07)

Aus den Erklärungen beider Organisationen kann man herauslesen, dass hinter den Auseinandersetzungen handfeste Interessen stehen. Dazu Harald Neuber: „FARC und ELN konkurrierten in einzelnen Gebieten um Ressourcen, versuchten in den gleichen Gegenden Kämpfer zu rekrutieren und Steuern einzutreiben. Die Konflikte beruhen daher offenbar nicht vorrangig auf ideologischen Differenzen, sondern auf dem Sachzwang beider Organisationen, Unterkunft und Verpflegung für Tausende Soldaten zu gewährleisten.“ (jW 6.3.07)

Noch dazu handelt es sich um Organisationen unterschiedlicher Größe, denen es in den vergangenen

Jahrzehnten trotz ernsthafter Bemühungen nur selten gelungen ist, ein gemeinsames Vorgehen in politischer und militärischer Hinsicht zu entwickeln und umzusetzen. Für den aktuellen Konflikt dürften auch die Gespräche zwischen der Regierung und dem ELN eine Rolle spielen. Diese Gespräche waren bereits im Herbst 2005 in Havanna begonnen worden. Zwar ist in den Medien gelegentlich von Verhandlungen die Rede, doch davon sind die Delegationen weit entfernt. Bevor Verhandlungen aufgenommen werden, verlangt die Regierung von der Guerilla eine Waffenstillstandserklärung und die Einstellung von Kampfhandlungen. Sie vertritt dabei ein Verhandlungsmodell, das sie seit fünf Jahren propagiert. Es orientiert sich an den Verhandlungen mit den Paramilitärs. Dabei haben die Paramilitärs und die marxistischen Guerillaorganisationen Zielsetzungen, die gegensätzlicher nicht sein könnten. Die FARC beobachten die Gespräche von Regierung und ELN mit Sorge und bereiten sich auf den zwar unwahrscheinlichen, aber nicht auszuschließenden Fall einer wie auch immer gearteten Einigung zwischen Regierung und ELN vor. Die zentrale Frage wäre in dieser Situation: Wer übernimmt die dann vom ELN geräumten Gebiete? Das Militär oder die FARC? Für die FARC scheint das keine Frage zu sein, da sie in absehbarer Zeit, was den eigenen Part betrifft, nicht von einer politischen Lösung ausgehen können und ihnen somit nur die Forcierung der militärischen Angriffe bleibt. Die

### „Wir gehören schon fast zur Landschaft“ (Nicolas Rodriguez Bautista)



Nicolas Rodriguez Bautista (1. Kommandant) und Antonio Garcia (Militärchef des ELN, Verfasser eines Gedichtbandes)

„Nicolas R. gehört zu den beeindruckendsten Personen, die ich inter-

viewen durfte. Er erzählt plastisch, un-eitel und sehr amüsant. In seiner Umgebung wird er wegen seiner direkten, herzlichen Art mehr als Freund denn als Vorgesetzter geachtet. Zudem repräsentiert die Familie Rodriguez kolumbianische Sozialgeschichte: Der Vater war Bauernführer, die Generation der Großeltern beteiligte sich am Aufstand der Bolschewiki von San Vicente de Chucuri 1928.“ (Raul Zelik)

Nicolas Rodriguez Bautista ist Gründungsmitglied und schloss sich bereits im Alter von 14 Jahren der Guerilla des ELN an.

Regierung ist ja nicht einmal zu Gesprächen über ein humanitäres Abkommen mit den FARC bereit.

Sollten sich die Gespräche des ELN mit der Regierungsdelegation in Richtung Verhandlungen bewegen, dürfte sich das Verhältnis von ELN und FARC eher noch mehr verschlechtern, denn verbessern. In diese Richtung deutet ein Kommuniqué der FARC. Darin wurde bereits der Vorwurf geäußert, der ELN würde sich in das politische System einfügen. Man könne die Organisation nicht länger als „strategische Verbündete“ betrachten.

### Wieder einmal gibt's Gespräche

Als der ELN vor etwa zehn Jahren die Einberufung einer Nationalkonvention vorgeschlagen hatte, auf der die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Konzepte zur Veränderung der kolumbianischen Gesellschaft erarbeiten sollten, lag dem Vorschlag die Vorstellung zugrunde, „dass kein Akteur der kolumbianischen Gesellschaft heute (1996) hegemonial sei. Die politischen Eliten seien verbraucht, eine politische Opposition existiere kaum, die Guerilla könne nicht beanspruchen, stellvertretend für die neue Gesellschaft zu sprechen. Man müsse sich also bemühen, gemeinsam eine neue Führung zu entwickeln. Damit war keine politische Führung im engeren Sinne (...) gemeint, sondern so etwas wie eine treibende Kraft der Veränderung.“ (Raul Zelik, 188)

Ausgangspunkt für den ELN war die Abkehr von der Fokismustheorie der 60er Jahre und die Reflexion der Schriften von Antonio Gramsci. Die Bedeutung der Guerilla sollte zurückgenommen und die sozialen Kämpfe sollten aktivierend begleitet und unterstützt werden. Diese Vorstellungen prägen auch heute die Vorgehensweise des ELN. Gespräche und Verhandlungen dienen dazu, einen Ausweg aus der militärischen Sackgasse zu finden. Ob dafür Erfolgsaussichten bestehen, wird die Zukunft zeigen. Alternativen sind jedenfalls nicht erkennbar. Im Unterschied zu den 90er Jahren geht seit Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts ein Wind der Veränderung durch den lateinamerikanischen

Kontinent. Die kolumbianische Bourgeoisie wird sich entscheiden müssen zwischen einer bedingungslosen Gefolgschaft an der Seite und als will-



KämpferInnen der FARC

fähiger Handlanger des US-Imperialismus und der damit verbundenen Isolierung auf dem Kontinent oder einer zumindest vorsichtigen Eingliederung in die Gemeinschaft der sich entwickelnden politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bündnisse, die sich bolivarianisch artikulieren. Von letzterem würde auch die Bourgeoisie profitieren.

### Die Perspektiven der FARC

Die FARC haben sich in ihrer langen Geschichte von rein defensiven Selbstverteidigungsmilizen über traumatische Erfahrungen mit dem Wagnis der parlamentarisch orientierten Partei Union Patriótica (Ausrottung fast des gesamten Funktionärskörpers) hin zu einer ziemlich professionellen Militärorganisation entwickelt, die in der Lage ist, der kolumbianischen Armee empfindliche Schläge zu verpassen. Wären da nicht die etwa 800 Berater, Ausbilder und technisches Personal der US-Army, wäre da nicht die weiträumige Luftaufklärung durch die (noch) in Ecuador stationierten Verbände der US-Luftwaffe, die Lage der nicht

besonders motivierten kolumbianischen Soldaten wäre noch schwieriger als sie ohnehin ist. Die FARC haben sich auf weitere Jahre des bewaffneten Kampfes eingestellt. Ähnlich sieht es der kolumbianische Historiker Carlos Medina: „Ich glaube, dass die FARC sich auf Dauer dem Problem des Krieges widmen werden. (...) Sie kämpfen um die Macht, um die Eroberung des Staates, für eine Veränderung der Gesellschaft – und zwar zu ihren Bedingungen: Es gibt für sie keinen anderen revolutionären Prozess als den ihrigen. Sie haben ein schreckliches Verständnis von Einheit: Alle ordnen sich den FARC unter.“ Medina weist hier auf ein Problem hin, das auch bei der kurdischen PKK auffällt: Die Unduldsamkeit gegenüber anderen fortschrittlichen Organisationen, die sich einer Unterordnung verweigern. So tun sich die FARC schwer mit der Existenz von sozialen Bewegungen, die auf ihre Unabhängigkeit pochen. Für Medina ist die Verfolgung der sozialen Bewegungen „das Unverantwortlichste, was gemacht wird.“

### Verwirrende Signale

Die Situation, in der sich die kolumbianischen Akteure befinden, könnte kaum komplizierter sein. Solange die aggressivsten Teile der Bourgeoisie mit Unterstützung der US-Regierung und der Mehrheit im EU-Parlament auf gewaltsame Aufrechterhaltung des Status Quo setzen und glauben, die bewaffneten Volksorganisationen eliminieren zu können, zeichnet sich keine Lösung ab. Es könnte aber auch sein, dass die Regierung in den kommenden Wochen im Zusammenhang mit kompromittierenden Aussagen von Paramilitärs weiter demontiert wird. Für eine so massiv unter Druck geratene Regierung ist der Sprung über den eigenen Schatten nicht gänzlich ausgeschlossen. Uribe soll am 25. Mai im Rundfunksender Caracol angekündigt haben, es würden bis zum 7. Juni aus Gründen der „Staatsräson“ die Gefangenen der FARC teilweise „oder alle“ freigelassen. (der Standart, 28.5.07) Eine interessante Formulierung, die zu Spekulationen Anlass gibt.

he, 29.5.07

## Das Frühjahrstreffen in München

Unser diesjähriges Frühjahrstreffen fand am 19./20. Mai statt. Wir hatten uns heuer für München als Tagungsort entschieden. Interesse und Beteiligung der AGI Landshut hatten in den letzten Jahren stetig abgenommen. So nahmen an diesem Treffen Genossinnen und Genossen der Gruppen AGI Dorfen und der Arsti, sowie Sympathisanten aus beiden Gruppen teil. Befreundete Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik hatten aus terminlichen Gründen abgesagt.

Wir hatten dem Treffen in Anlehnung an aktuelle Diskussionen den Titel „Sozialismus im 21. Jahrhundert“? gegeben. Beide Referate des Samstags befassten sich mit Ländern aus Südamerika, das erste mit Venezuela und das zweite mit Kolumbien. Die geschilderte gesellschaftliche und politische Situation in den beiden Ländern scheint unterschiedlicher nicht sein zu können. Während in Venezuela unter Hugo Chavez emanzipatorische (sozialistische?) Reformprogramme für die Bevölkerung stattfinden, die einen Weg aus dem Elend weisen könnten, zeigen die Verhältnisse in Kolumbien mit erschreckender Deutlichkeit auf, was mit einem Land und dessen Bevölkerung passiert, wenn es in den

Griff korrupter Oligarchien und Paramilitärs gerät. Besonders in Kolumbien wurde uns die Alternative *Sozialismus oder Barbarei* deutlich vor Augen geführt.

Während an Informationen über Venezuela in bürgerlichen und linken Medien kein Mangel herrscht und dadurch auch realistische Einschätzungen aus der Ferne relativ gut möglich sind, halten sich die Medien mit Publikationen über Kolumbien zurück. Wenn hier etwas veröffentlicht wird, dann bedeutet das meistens nichts Gutes. Aus diesem Grund ist auch eine realistische Einschätzung von außen nur sehr schwer möglich. Die Regierung des Landes steht als treuer Verbündeter fest auf Seiten der USA und stützt sich auch auf eine Gewaltherrschaft durch paramilitärische Kräfte, die mit äußerster Brutalität und Grausamkeit gegen ihre Gegner vorgehen und vor denen niemand sicher ist.

Wie bereits angesprochen wurde, sind die Entwicklungen in Südamerika weit davon entfernt, uns hier in Europa als Vorbild zu dienen. Sie sind vielmehr der Verelendung der Massen geschuldet, die fast überall in Südamerika anzutreffen ist. Die Veränderungen sind weniger von sozialistischem Inhalten nach europäi-

schen Vorstellungen geprägt, sondern vielmehr davon, sich aus dem Elend und der Umklammerung durch die USA zu lösen. Diese Entwicklungen werden weltweit von verschiedensten Ländern, Seiten und Interessen unterstützt.

Eine wichtige Bedeutung hat Kuba eingenommen. Der kubanische Sozialismus wird bei den südamerikanischen Massen als etwas Positives angesehen und Kubas Unterstützung der Länder mit Ärzten und medizinischer Versorgung wirkt vorbildhaft.

Am Sonntag gaben eine Genossin und ein Genosse, die um den 1. Mai in Istanbul gewesen waren, eine Einschätzung der politischen und gesellschaftlichen Situation ab. Dabei stellten sie heraus, welche Rolle das die Militärs in Wirklichkeit spielen. Dabei kamen viele, z.T. auch uns unbekannt Einzelheiten zur Sprache. Darüber soll für die nächste Nummer der Arsti ein Artikel erstellt werden.

Das Frühjahrstreffen hat sich zu einem wichtigen Bestandteil des Gruppenlebens entwickelt. Es dient sowohl der Klärung inhaltlicher Fragen bezüglich aktueller politischer Ereignisse als auch der Vertiefung der persönlichen Kontakte. Der Tagungsort München hat sich gut eingeführt. Es nahmen mehr Sympathisanten daran teil, denen der Weg nach Landshut zu weit gewesen war.



## Blair geht – New Labour auch

In Schottland wurde die SNP (nationalistische Partei, die für die Unabhängigkeit eintritt) mit 47 Sitzen gegenüber 46 für Labour das erste Mal in ihrer 74-jährigen Geschichte zur stärksten Partei. Die Tories verdrängten die Liberaldemokraten vom dritten Platz. Die Grünen fielen auf 2 Sitze zurück und haben seitdem einem Regierungspakt mit der SNP zugestimmt. Die anderen kleinen Parteien wurden zerrieben. Die SSP (Schottische Sozialistische Partei) zerbrach 2006, als ihr Führer Tommy Sheridan ausgeschlossen wurde wegen der Kritik an seinem Lebensstil (obwohl er später ein Gerichtsverfah-

ren gegen ein Skandalblatt gewann, das ihn verschiedener sexueller Heldentaten beschuldigt hatte und daß er ein Lotterleben führe). Daraufhin gründete er eine neue Partei. Abgeordnete, die gegen die Schließung von Krankenhäusern und für die Rechte von Rentnern kämpften, verloren ihre Sitze. Es sieht so aus, als ob diejenigen, die gegen Labour protestieren wollten, statt dessen SNP wählten.

Über 100.000 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt. Die Wähler erhielten zwei Stimmzettel im Gegensatz zu dreien vorher. Bei einem stand die Regionalliste an erster Stelle und

**A**m 3. Mai fanden Wahlen zur Welsh Assembly, zum schottischen Parlament und Kommunalwahlen in England und Schottland statt. Die Ergebnisse waren für Labour nicht gut.

dann die Kandidaten der Wählerschaft – umgekehrt wie früher. Das verwirrte einige Wähler. Der zweite Stimmzettel für die Kommunalwahlen war mit Vorzugsstimmen, wobei man die Reihenfolge der Kandidaten selbst bestimmen kann. Zum ersten Mal wurde die elektronische Auszählung benutzt und sie brach zusammen; dadurch wurden die Ergebnisse verzögert.

Was Labour ärgern wird, ist der Verlust von Sitzen wie z.B. in Dundee (beide Sitze), zwei in Fife, einer in Glasgow usw. In Fife liegt Gordon Browns Stimmbezirk, es war früher ein Zentrum des Kohlebergbaus und eine Hochburg der Kommunistischen Partei.

Labour verlor in der Welsh Assembly nur drei Sitze, muß aber einen Verbündeten finden, um weiter regieren zu können. Sie erlitt das schlechteste Ergebnis in Wales seit 1918. Plaid Cymru (Partei von Wales – sie bezeichnete sich selbst bei dieser Wahl als sozialistische Partei) machte Gewinne auf Kosten von Labour. Wie in Schottland wurden unabhängige Protestkandidaten hinweggefegt mit Ausnahme von einem, der von Labour ausgeschlossene Mitglieder vertrat, die sich gegen einen von außen aufgezwungenen Blair treuen Kandidaten zur Wehr gesetzt hatten. Die Tories verbuchten leichte Gewinne; wie es heißt, dank besser gestellter Engländer, die sich in ländliche und Küstengebiete zurückzogen.

Bei den englischen Kommunalwahlen betrug der Stimmenanteil von Labour 27%, während die Tories 40% erreichten und die Liberal-Demokraten 26%. Letztere waren in den letzten Jahren auf Kosten von Labour gewachsen, hauptsächlich wegen ihres Widerstands gegen den Einmarsch im Irak. Seit Charles Kennedy wegen seines Alkoholismus seinen Posten als Parteivorsitzender verlor (dieses offene Geheimnis wurde von jenen ausgenutzt, die die Partei nach rechts drängen wollten), stagniert die Partei. Im Süden von England ist den Tories ein Comeback gelungen. Dort verlor Labour nicht nur die Kontrolle über Räte in großen Städten, sondern ging in anderen völlig unter. Dagegen gelang es den

Tories im Norden von England nicht, auch nur einen Sitz in Orten wie Liverpool, Newcastle und Manchester zu erringen, sie gewannen aber in kleineren Städten. Es sieht so aus, als entstünde eine Situation wie in den Thatcher-Jahren: die sogenannte Nord-Süd Teilung.

Ein positives Zeichen war das Scheitern der BNP (British National Party - in der Vergangenheit eine gewalttätige faschistische Gruppierung, die in den letzten Jahren aber einen seriöseren Ruf hatte), größeren Einfluß zu gewinnen, obwohl sie eine Rekordanzahl von Kandidaten aufgestellt hatte.

Tony Blair hatte vor einigen Jahren angekündigt, daß er als Labour-Vorsitzender und damit auch als Premierminister während seiner dritten Amtszeit zurücktreten werde. Letzten Sommer, als Israels unbarmherziger Angriff auf den Libanon die meisten Fernsehzuschauer entsetzte, und Blair, in treuer Gefolgschaft zu Bush, sich weigerte, einen Waffenstillstand zu fordern, unternahm vorher loyale Blair-Anhänger Schritte, um ihn zu verdrängen. (Jack Straw hat zugegeben, daß der Libanon der Grund war.) Er wurde gezwungen zu erklären, daß er diesen Sommer gehen würde. Am 10. Mai, eine Woche nach den schwachen Wahlergebnissen für Labour, erlöste Blair endlich alle aus der Not und erzählte uns, daß er am 27. Juni gehen will.

Das Ereignis war irgendwie bizarr. Blair unternimmt eine Welt-Abschiedstournee, wie eine alternde Gestalt aus dem Showbusiness oder eine Rockband. Er flog mit dem Regierungsflugzeug in seinen Wahlkreis in Nordostengland und sprach dort zu einer Gruppe Gläubiger. Er zählte auf, was er als Erfolge seiner Regierungszeit ansah, aber er brachte es nicht über sich, sich für den Irak zu entschuldigen. Er sagte: „Ich tat das, von dem ich dachte, daß es richtig war. Vielleicht habe ich mich geirrt, ... aber - ich tat, was ich dachte, es wäre für unser Land richtig.“ Er sprach davon, das zu tun, „von dem du wirklich glaubst, daß es richtig ist“. Das heißt, nicht von dem du weißt, daß es richtig ist. Zum Schluß sagte er. „Dieses Land ist eine gesegnete Nation. Die Briten sind etwas Besonderes, die Welt weiß es, in un-

seren innersten Gedanken wissen wir es. Dies ist die großartigste Nation der Welt.“ Sprachs und war weg.

Da er von nirgendwo kam und es ihm an einer politischen Philosophie fehlt, verwirrte Blair Biographen, Kommentatoren und Kritiker gleichermaßen. Er ist ein Phänomen, das für britische Politik unüblich ist: ein Politiker, der von einem religiösem Glauben motiviert ist. Das Weltgeschehen wird als Kampf zwischen Gut und Böse gesehen - kein Wunder, daß er Bush und die christliche Rechte der USA umarmte. Wenn die Briten etwas „Besonderes“ sind, „eine gesegnete Nation“, nun, dann ist es offenkundig ihre Pflicht, die Welt nach ihrer Vision zu ordnen. Blair muß sich selbst so gesehen haben, als sei er von seinem Gott dazu geschaffen worden, dies zu tun.

Seit der Invasion im Irak wurde die Geschichte umgeschrieben, um eine Rechtfertigung zu schaffen. Die möglicherweise über 650.000 Toten, 2 Millionen Flüchtlinge und noch einmal 2 Millionen Binnenflüchtlinge, die sektiererischen Mörder usw. werden von den Blair-Anhängern nun Bush und Co. angelastet. Geoff Hoon, der damals Verteidigungsminister war, sagt jetzt, daß damals niemand bemerkte, daß Dick Cheney, der Vizepräsident, der tatsächliche Strippenzieher war. Andere lasten das Ganze Rumsfeld an. Das Pentagon hat das Ganze in die Wege geleitet und hatte keinen Plan, was nach dem Krieg passieren sollte. Blair hat so lange durchgehalten, weil er hoffte, daß etwas geschehen würde, das ihn besser aussehen lassen würde. Der Friedensprozeß in Nordirland ist sein einziger Erfolg. Eine Regierung aus den zwei größten Parteien, Ian Paisleys Demokratischen Unionisten und Sinn Fein von der Irischen republikanischen Bewegung, ist nun im Amt. Inzwischen versucht Blair, sein Image aufzupolieren und einen Job für sich auf der Weltbühne zu finden.

Ein Prozeß, um einen neuen Führer für Labour zu wählen, ist jetzt im Gange und das „New“ ist aus der Website von Labour verschwunden. Zunächst versuchten zwei Kandidaten, genügend Unterstützung von Labour-Abgeordneten zu erreichen, um Gordon Brown herauszufordern: Michael Meacher und John McDon-

nell. Meacher, ein traditioneller Linker, war Blairs Umweltminister gewesen, bis er gefeuert wurde. Er war populär, aber er stimmte für den Irakkrieg; das hält er jetzt für den „größten Fehler in meinem Leben“. McDonnell ist ein konsequenter Linker. Er war Stellvertreter von Ken Livingstone, bis Thatcher den alten Greater London Council abschaffte.

Inzwischen hat sich Meacher zurückgezogen, um McDonnell zu unterstützen. Die Parteiregulieren erfordern die Unterstützung von mindestens 45 Parlamentariern, bevor man sich der Abstimmung stellen darf. Wenn McDonnell die 45 zusammenbekommt, wird er signifikante Unterstützung von Mitgliedern der Labour Party und von Gewerkschaftern erhalten. Einige Monate lang hat er Gewerkschaftskongresse besucht. Die linken Gruppierungen innerhalb der Gewerkschaften und einige Gewerkschaftsvorstände unterstützen ihn. Aber Brown ist der Favorit für den Sieg. Eine Regierung von Brown hätte mehr Sympathie bei ärmeren Leuten und Rentnern als die von Blair. Er hat bereits angefangen, sich auf verschiedenen Gebieten von Blair zu distanzieren.

John Prescott, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Labour, hat ebenfalls seinen Abschied angekündigt. Es gibt sechs Anwärter auf den Posten. Einige sind Blair-Anhänger, andere stehen Brown nahe. Nur John Cruddas steht für einen wirklichen Wandel; er würde die früheren engen Beziehungen mit den Gewerkschaften und den traditionellen Anhängern von Labour wieder herstellen. Die Anzahl der Mitglieder von Labour ist auf einem Allzeit-Tief angelangt, es bedürfte also eines Neuaufbaus. Die Chancen der Partei werden anfangen sich zu verbessern, wenn Blair aus seinem Amt ausscheidet; daher wird diese Periode der Diskussion um die Zukunft interessant sein.

## Postscriptum

Es wird für Gordon Brown keine Herausforderung von links geben bei der Wahl zum Parteivorsitzenden der Labour Party, da John McDonnell nicht in der Lage war, die 45 Nominierungen durch Labour-Abgeordnete

zu erreichen, die nach den partei-internen Vorschriften nötig gewesen wären. Die Kampagne für Brown, die von Jack Straw geleitet wurde, erhielt 313 Nominierungen, während McDonnell nur 29 erhielt von den 352 Labour-Parlamentariern.

Etwa einen Tag, bevor die Nominierungen abgeschlossen waren, hatten Michael Meacher und McDonnell zusammen 22 Nominierungen. Dann gewann McDonnell noch zwei oder drei, so daß Meacher einwilligte, sich zurückzuziehen, damit McDonnell der alleinige Kandidat der Linken war. Aber nur einige von Meachers Nominierern wechselten zu McDonnell über, der Rest wanderte ins Brown-Lager. Es ist momentan noch unklar, warum sie nicht McDonnell unterstützen wollten. Natürlich ist er weiter links als Meacher.

Das ist ein demoralisierender Schlag für die Linke in der Labour Party, denn, obwohl Brown behauptet eine Debatte über die Politik zu wollen, ist klar geworden, daß er eine Debatte über fundamentale Dinge zu vermeiden sucht und sie auf kleinere Änderungen zu Blairs Politik beschränken will.

McDonnell hätte fundamentale Änderungen in der Politik vorgeschlagen, speziell jene Politik, die bei den Labour-Parteitag demokratisch angenommen, aber von Blairs Regierung abgelehnt wurde.

Im Moment läuft der Wahlkampf für den Posten des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, an dem sechs Kandidaten teilnehmen. Nur einer, John Cruddas, bringt kontroverse Vorstellungen ein, während die Anderen sich alle während der Kampagne links geben, obwohl sie Mitglieder von Blairs Regierung sind. Cruddas möchte die Verbindungen zu den traditionellen Anhängern von Labour wieder herstellen und den Gewerkschaften mehr Einfluß in der Partei geben.

Die SNP (Nationalisten) haben in Schottland eine Regierung gebildet. In Wales sieht es zur Zeit so aus, als ob Labour eine Minderheitsregierung bilden würde. Bemühungen, die anderen Parteien gegen Labour zu einigen, schlugen fehl, da Linke bei Plaid Cymru und den Liberaldemokraten sich weigerten, mit den Tories

zusammenzuarbeiten, was auch die meisten Waliser nicht akzeptieren würden.

## Sieg vor Gericht für die „B-52 Two“

Die beiden Antikriegsdemonstranten Phil Pritchard und Toby Olditch, die am 18. März 2003 in der Nacht bevor das Bombardement von Bagdad begann, in die Fairford-Airbase der Royal Air Force (RAF) eingedrungen waren und Metallbolzen und Schrauben mitnahmen, um die Motoren der US-amerikanischen B-52 Bomber unbrauchbar zu machen, die in den Irak aufbrechen sollten, wurden letzte Woche einstimmig vom königlichen Gericht in Bristol für nicht schuldig erklärt der „Verschwörung, um kriminelle Zerstörungen zu begehen“.

Die 12 Mitglieder der Jury akzeptierten das Argument der Verteidigung, daß sie handelten, um die Maschinen der US-Luftwaffe daran zu hindern, Kriegsverbrechen zu begehen. Dieser Urteilspruch akzeptiert beinahe, daß Großbritannien und die USA im Irak Kriegsverbrechen begangen haben.

Es wurde den Zweien nicht erlaubt, vor Gericht zu argumentieren, daß der Krieg illegal war, da der höchste Gerichtshof im Land festgelegt hat, dies könne nur der Internationale Gerichtshof feststellen.

28.05.07, m. j.





## Wandel der gesetzlichen Renten

„Der Teil der vom Lohnarbeiter produzierten Reichtümer, den er in der Form des Lohns erhält, ist so unbedeutend, daß er kaum ausreicht zur Befriedigung seiner allerdringendsten Lebensbedürfnisse; der Proletarier ist somit jeder Möglichkeit beraubt, von seinem Lohn Ersparnisse zu machen für den Fall des Verlustes seiner Arbeitsfähigkeit... Darum ist die Arbeiterversicherung für alle die erwähnten Fälle eine Reform, die durch den ganzen Verlauf der kapitalistischen Entwicklung gebieterisch diktiert wird.“

Lenin, *Sämtliche Werke* Bd. XV, S. 497

**E**s mag übertrieben erscheinen, bei der Darstellung der aktuellen Erhöhung des Renteneintrittsalters bis auf die Einführung der gesetzlichen Rentenversicherung zurück zu gehen. Doch die jetzige „Reform“ ist Teil und Folge der wechselvollen Geschichte der Rentenversicherung in Deutschland. Die gesetzliche Rentenversicherung hat sich durchaus widersprüchlich entwickelt. Die Wechsel von vorübergehenden Reformen (im positiven Sinne) und den Abstürzen, Bankrotten bzw. Verschlechterungen lassen die Funktion der Renten- und der Sozialversicherungen insgesamt deutlicher nachvollziehen als aus einzelnen Episoden.

### Vom „Glück“ in Großfamilie und Gesinde zum Industriearbeiter

In vorkapitalistischen Zeiten oblag die Versorgung der Alten der Großfamilie, dem Anspruch nach auch den Grundherren bzw. Bauern oder Handwerkern zu deren Haushalten sie gehörten. Konservative

Kreise sehen das immer noch als prinzipiell natürliche bzw. gottgewollte Form gesellschaftlicher Altersversorgung. Wie einzelne (zwangsläufig nicht repräsentative) Beispiele aus der zeitgenössischen Literatur zeigen, war dies alles andere als idyllisch. Häufig wurden die „unnützen Fresser“ mehr schlecht als recht durchgefüttert, weil es der Brauch und religiöse Vorschriften verlangten. Wer nicht in den o. g. Bindungen gelebt hatte, dem blieb Betteln und Hunger. Im Mittelalter und der beginnenden Neuzeit sahen sich kirchliche, später auch staatliche Stellen (in der damaligen Form) veranlaßt, zumindest in den größeren Städten Armen-, Alten- und Siechenhäuser zu unterhalten – häufig nicht aus eigenen Mitteln sondern aus den Erträgen wohlthätiger Stiftungen, mit denen reiche Leute, die das meist aus guten Gründen für notwendig hielten, ihre Sünden abbezahlen wollten.

Mit der kapitalistischen Produktionsweise wurden die Bindungen an Grundherrschaften oder Haushalte mehr und mehr hinfällig; die Großfamilien zerbrachen weitgehend durch die Notwendigkeit für die Lohnarbeiter, den vom Kapital angebotenen Arbeitsmöglichkeiten zu folgen. Alte und andere Arbeitsunfähige blieben auf Armenhäuser und Mildtätigkeit angewiesen.

### Der Staat als Fürsorger

Die Löhne oszillieren um den Wert, d. h. die Reproduktionskosten, der Arbeitskraft. Zu den Reproduktionskosten gehören im Verständnis des Frühkapitalismus allenfalls die Kosten für die notwendigen Lebens-

mittel des Lohnarbeiters, schon nicht mehr die Aufzucht der Kinder, keinesfalls aber die Versorgung für die Träger aufgebrauchter Arbeitskraft – also den nicht mehr Arbeitsfähigen aus Alters- oder anderen Gründen.

Dies verschärfte die Klassenwidersprüche. Die fehlende Perspektive für Arbeiter über die Zeit der Lohnarbeit hinaus, sahen etwas weitsichtigerer Politiker als eine der Ursachen „umstürzlerischer“ Gesinnung bzw. erkannte der deutsche Reichskanzler v. Bismarck eine Möglichkeit, den „gemeingefährlichen Bestrebungen“ der Sozialdemokratie nicht nur Verbot und Repression (Sozialistengesetze) sondern auch staatliche „Fürsorge“ entgegenzusetzen, um die sozialen Widersprüche zu entschärfen, das Klassenbewußtsein der Lohnarbeiter/innen zu schwächen und den preußisch/deutschen Staat als Beschützer der Arbeiter darzustellen. Unterdrückung als Peitsche, Sozialleistungen als Zuckerbrot – das alte Prinzip. Insofern war die Einführung der Sozialversicherung vom Klassenkampf „gebieterisch diktiert“ (siehe oben).

Eine bezeichnende Aussage Bismarcks dazu erzählt Kuczynski: „Sehen Sie den Unterschied zwischen einem Privatdiener und einem Kanzleidiener oder einem Hofbedienten an; der letztere wird sich weit mehr bieten lassen (...) denn er hat Pension zu erwarten.“ (Jürgen Kuczynski, *Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart*, Berlin 1954, 2. Teil, S. 163)

Nach Kranken- und Unfallversicherung wurde die Invalidenversicherung für Arbeitsunfähige am 22. 6. 1889 und die Altersversicherung am 13. 7. 1889 für Arbeiter eingeführt. Die Angestelltenversicherung folgte

erst am 20. 12. 1911, als eine wachsende Masse von Angestellten beschäftigt wurde, die nicht mehr in dem beamtenähnlichen Status des Frühkapitalismus gehalten wurden.

Das kaiserliche Deutschland führte damit staatlich garantierte Sozialleistungen vor allen anderen Industrieländern ein.

## Die Pleiten

Die Beiträge der Invaliden- und Altenversicherung wurden von Unternehmern und Arbeitern zu gleichen Teilen aufgebracht. Sie flossen in einen Fonds (Kapitalstock), aus dem die Leistungen bezahlt wurden. Der Fonds legte die nicht unmittelbar für Rentenzahlungen benötigten Gelder in Staatsanleihen an. Dies folgte im Prinzip den Regeln privater Lebensversicherungen. Die individuelle Rentenhöhe entsprach der Höhe und Dauer der Beitragsleistung durch die Lohnarbeiter. Der Kapitalstock hatte die Funktion von Rückstellungen für erworbene Rentenzusagen der Versicherten. Er war also kein „Gewinn“ oder frei verfügbare Vermögensmasse sondern deckte Verpflichtungen an bzw. noch nicht fällige Forderungen der Rentenversicherten ab.

Der Kapitalstock wuchs bis zum 1. Weltkrieg stetig an. Das war systembedingt durch die (bescheidenen) Lohnzuwächse und vor allem durch die starke Zunahme der Beitragszahler. Im Jahr 1895 gehörten 11,8 Millionen Arbeiter; im Jahr 1913 schon 16,3 Millionen der Alten- und Invalidenversicherung an (*Kuczynski, a. a. O. S. 163/64*).

Das Renteneintrittsalter lag für noch Arbeitsfähige bei 70 Jahren. Allerdings dürften eher wenige Lohnarbeiter dieses Rentenalter erreicht haben, weil die meisten durch die harten und unfallträchtigen Arbeitsbedingungen starben oder „vorzeitig invalid“ wurden und dann Invalidenrenten beziehen konnten.

„Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß durch die Einführung der Sozialversicherung die Lage der Kranken, der Unfallgeschädigten und der alten Leute sich besserte.“ (*Kuczynski, a. a. O., S. 165*)

Die Unternehmerverbände protestierten lautstark und beklagten heftig die geminderte Konkurrenzfähigkeit

gegenüber ausländischen Firmen.

Vertreter des politischen Liberalismus rügten die Einmischung des Staates in die Lohnarbeit. Nach deren Verständnis bezahlt der Lohn vollständig die geleistete Arbeit. Altersversorgung und andere Lebensrisiken haben damit nichts zu tun. Den Junker Bismarck rührte das wenig. Er sah seine innenpolitische Hauptaufgabe in der Sicherung der Monarchie und der adligen Großgrundbesitzer. Die Bourgeoisie würde für sich selber sorgen. Darin behielt er Recht.

Für die Arbeiter war es in der Tat ein Zwangssparen. Das geringe verfügbare Einkommen wurde spürbar vermindert. Dafür erwarteten sie eine Sicherheit im Alter auf allerdings niedrigem Niveau. Der Widerspruch bleibt: Zur Existenzsicherung der Lohnarbeiter zwingt der Staat diese und das Kapital zu Aufwendungen, die gesellschaftlich notwendig sind aber mit klassischer Lohnarbeit im bürgerlichen Sinne nichts zu tun haben.

Die Rücklagen der Rentenversicherung waren nicht in Kapital (also Produktionsmitteln, Wert) angelegt sondern in Schuldtiteln (Staatsanleihen). Durch den verlorenen 1. Weltkrieg und die darauf folgende Inflation wurden diese Rücklagen vollständig entwertet. In den Jahren 1923-1929, dem kurzen wirtschaftlichen Aufschwung der Weimarer Republik wurden zwar wieder Rücklagen angesammelt, doch mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und wegen der hohen Arbeitslosigkeit brachen die Beitragseinnahmen wieder ein. Die Rentenhöhe wurde in mehreren Schritten gemindert.

Die Nazi-Regierung verwandte den wieder entstehenden Kapitalstock für Aufrüstung und Kriegskosten. Die Rentenversicherung erhielt dafür wieder Schuldtitel, die nach der Niederlage Nazi-Deutschlands das Papier nicht mehr wert waren, auf dem sie gedruckt standen. Das „Vermögen“ der Rentenversicherung war zum 2. Male entwertet. Für die Altersrenten-Bezieher bzw. -beitragszahler hieß das wieder Enteignung.

In den Jahren 1945 - 1957 wurden „Hungerrenten“ gezahlt. Die hohe Arbeitslosigkeit und die geringen Löhne bis weit in die 1950er Jahre hinein erbrachten nur geringe Beitrags-

einnahmen. Die Zahl der Alten war aber nach wie vor hoch. Der geringe, wieder angesammelte Kapitalstock gab nach dem geltenden Versicherungsprinzip nicht mehr her. Die Arbeiterklasse war zum 2. Mal um ihre über die Beiträge angesparte Alterssicherung betrogen.

## Die dynamische Rente

Am 23. 2. 1957 – vor 50 Jahren – wurde die dynamische Rente Gesetz. Die Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse, insbesondere der Rentner und der älteren noch aktiven Lohnarbeiter war so groß, daß die Adenauer-Regierung nicht umhin kam, diese Sozialreform zu beschließen. Vorhergegangen waren Restauration des Kapitalismus, Wiederaufrüstung, KPD-Verbot und die Übernahme von „Staatsdienern“ aus der Nazi-Zeit. Bei allen Unterschieden der historischen Situation Ende des 19. und der Mitte des 20. Jahrhunderts – das Prinzip Peitsche und Zuckerbrot funktionierte. Als „Belohnung“ erzielte die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen im Jahr 1957 erst- und einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag. Die Rentenreform war dafür sicher nicht die einzige aber eine der wichtigen Ursachen.

Die Einstiegsrenten richteten sich zwar nach wie vor an Höhe und Dauer der Beitragszahlung aus; sie wurden aber regelmäßig dem Anstieg der (damals noch) Bruttolöhne und -gehälter angeglichen. Regel-Einstiegsalter war 65 Jahre für Männer, 60 Jahre für Frauen. Die Rentenversicherung legte keinen Kapitalstock mehr an; die Reserven deckten gerade mal einige Monatszahlungen. Die immer noch paritätisch gezahlten Beiträge wurden also im wesentlichen gleich wieder für Rentenzahlungen ausgegeben.

Die meisten Kolleginnen und Kollegen haben das bis heute nicht verstanden. Das Bewußtsein: „Ich habe doch ein Leben lang eine Menge Geld einbezahlt und das muß ich an Rente zurückbekommen“, hat ein zähes Leben. Tatsächlich gehen die aktuellen Beiträge (abgesehen von den o. g. kurzfristigen Reserven) sofort wieder als Rentenzahlungen raus.

Das ging die ersten Jahre gut. Bis Ende der 1970er Jahre überstiegen die

Einnahmen der Rentenversicherung die Ausgaben – wenn auch in immer geringer werdendem Maße. Die Altersrenten stiegen beträchtlich. Das war zunächst leicht finanzierbar. Der Aufschwung der Wirtschaft in der Nachkriegszeit sorgte für Vollbeschäftigung und steigende Löhne (in diesen Jahren waren zweistellige Lohnerhöhungen/Jahr nicht ungewöhnlich). Das zog stark steigende Einnahmen der Rentenversicherung nach sich. Die Anwerbung ausländischer Arbeiter seit den 1960er Jahren tat ein Übriges. Diese waren zunächst ausnahmslos arbeitsfähig, überwiegend jung und zahlten in die Rentenversicherung ein. Auszahlungen an diesen Kollegenkreis kamen erst Jahrzehnte später. Auch die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen vergrößerte den Kreis der Beitragszahler. In diesen Jahren waren berufstätige Frauen überwiegend jung, zahlten ein und nahmen die Rentenversicherung vorläufig noch nicht in Anspruch.

Es entstand das Wort vom Generationenvertrag. Der bürgerliche Ökonom Wilfried Schreiber hatte in seinem Buch „*Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft*“ eine anteilige Verteilung der Löhne von den Erwerbstätigen an Kinder und Jugendliche und an die Alten entworfen. An den Mehrwert, den sich das Kapital aneignet, wagte er sich nicht. In den 1990er Jahren nahm Fritz Scharpf (SPD) diesen Gedanken wieder auf und nannte das Prinzip „*Verteilung in der Klasse*“. Die Adenauer-Regierung ließ den ersten Teil des Generationenvertrags weg. Das wäre damals nicht wählerwirksam gewesen.

Die gute finanzielle Ausstattung der Rentenversicherung bewog die sozialliberale Koalition auch den nicht Versicherungspflichtigen den Eintritt in diese zu ermöglichen. Gegen eine nach versicherungstechnischen Grundsätzen geringe Einmalzahlung erwarben sich Freiberufler oder gut bezahlte Angestellte Ansprüche an die Rentenversicherung.

### Verfall der dynamischen Rente

„*Die Renten sind sicher*“ (Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister)

Neben kleineren Eingriffen brachte die Umstellung der dynamischen Renten vom Brutto- auf das

Nettolohnsystem Ende der 1980er Jahre die erste größere Rentenkürzung. Wegen der Lohnsteuerprogression und steigenden Abzügen für Sozialbeiträge stiegen die Nettolöhne deutlich weniger als die Bruttolöhne. Die jährliche Angleichung der Renten an die Löhne wurde geringer.

Ursache war das tendenziell sinkende Beitragsaufkommen der Rentenversicherung bei gleichzeitig steigenden Ausgaben. Der beständige Aufschwung der Nachkriegsjahre war vorbei. Dauerhafte Massenarbeitslosigkeit baute sich ab Ende der 1970er Jahre auf. Die Lohnerhöhungen sanken zwar noch nicht auf Reallohnkürzung, aber sie wurden deutlich geringer. Die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter kamen teilweise in die Jahre, wo ihnen Rentenzahlungen zustanden. Dasselbe galt für einen Teil der berufstätigen Frauen.

Diese Tendenz wurde durch einige politische Entscheidungen der CDU/CSU/FDP-Regierung verstärkt.

Insbesondere durch:

- Auszahlung von Abfindungen an „rückkehrwillige Gastarbeiter“. Diese erhielten Geldbeträge, die unter den erworbenen Rentenansprüchen lagen. Dafür entfielen diese Ansprüche. Im Ergebnis war dies ein Betrug an den ausländischen Kolleginnen und Kollegen, der die Rentenversicherung langfristig entlastete aber kurzfristig doch zu erheblichen Mehrausgaben führte. Politisch war es ein Entgegenkommen an ausländerfeindliche Stimmungen in der deutschen Bevölkerung und vor allem der CDU/CSU, die damals noch mehrheitlich der Meinung war, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Viele Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern nahmen die Angebote an, teilweise aus (nicht unberechtigter) Furcht vor Repressalien, teils in der Hoffnung, sich in den Heimatländern mit den erhaltenen Abfindungen eine Existenz aufbauen zu können.
- Übernahme der Rentnerinnen und Rentner der DDR nach 1989 zu nur unwesentlich schlechteren Bedingungen. Dadurch stiegen die Auszahlungen der Rentenversicherung sehr kurzfristig sprunghaft an, während die Einnahmen wegen der Entindustrialisierung der DDR und

der dadurch verursachten hohen Arbeitslosigkeit geringer stiegen. Die Rentner aus der früheren DDR lebten und leben also nicht – wie ein verbreitetes Vorurteil sagt „auf Kosten der West-Rentner“ – sondern die für die Lohnarbeiter ungünstigen Bedingungen der Übernahme der DDR (d. h. Massenarbeitslosigkeit) sorgten für entsprechend ungünstige Entwicklung der Finanzen der Rentenversicherung.

- Durch Frühverrentung versuchte die Kohl-Regierung die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Arbeitsminister Blüm verkündete, durch die „Rente mit 60“ würden die Unternehmen im gleichen Maße jüngere Arbeitslose einstellen, deren Beiträge dann die höheren Ausgaben der Rentenversicherung kompensieren würden. Die Unternehmer dachten nicht daran. Sie wurden ältere Lohnarbeiter/innen ohne Abfindung los, „sparten“ deren meist überdurchschnittlichen Löhne und konnten das auch problemlos tun, weil die sprunghaft steigende Produktivität einen Ersatz für die Frührentner nur in seltenen Fällen notwendig machte.

Während der 1990er Jahre zeichnete sich ein immer größer werdendes Defizit der Rentenversicherung ab. Die Kohl-Regierung beklagte das sehr, konnte sich aber nicht mehr zu Änderungen durchringen. Die Schröder/Riester-Regierung hielt zwar am Vorruhestand fest, eröffnete aber mit ihrer Rentenreform nicht nur eine Politik des Sozialabbaus auf allen Gebieten sondern brach in Ansätzen mit dem Prinzip der dynamischen Rente und der paritätischen Finanzierung.

### Systembruch Riester-Rente

(Wir haben zu dieser Thematik einen ausführlichen Artikel in *Arsti* Nr. 131, März 2001, S. 6 ff veröffentlicht. Wir beschränken uns deshalb auf eine geraffte Darstellung der wichtigsten Punkte)

Zweck der „Reform“ war die Entlastung des Kapitals durch die Vermeidung höherer „Arbeitgeber“-Beiträge zur Rentenversicherung und der Rentenversicherungsträger durch geringere Renten.

- Rentenkürzung: Bei Einführung der dynamischen Rente betrug die „Eckrente“ 70% des früheren Ar-

beitslohns. Eckrentner/in war, wer 45 Jahre Rentenbeiträge von einem durchschnittlichen Arbeitsentgelt bezahlt hatte. Danach war die Rentenformel ausgerichtet. Die Eckrente war wenig repräsentativ und sagte über die tatsächlichen Rentenzahlungen wenig aus. Vor allem Frauen brachten es wegen geringerer versicherungspflichtiger Zeiten (wegen Kindererziehung u.a.) selten auf 45 Jahre und außerdem verdienten sie auch für gleichartige Arbeit deutlich weniger (Leichtlohngruppen in den 1950er Jahren u.a.). Die Rentenformel sollte die „Eckrente“ auf 64% des Arbeitslohns senken. Dämpfungsfaktoren, die langfristig in die Rentenformel eingeführt werden sollen, werden für weitere Senkung bis auf voraussichtlich 43% im Jahr 2030 sorgen. Nach Interventionen der Gewerkschaften wurde von 64% auf 67% erhöht – eine allerdings nur kosmetische Änderung, da gleichzeitig ein „privater Vorsorgesatz“ in die Berechnung der Renten eingeführt (also abgezogen) wurde. Dieser steigt in Stufen und beträgt ab 2008 4% vom Einkommen – unabhängig davon ob private Vorsorge tatsächlich aufgebracht wird und werden kann.

- Diese private Vorsorge außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung ist das grundsätzlich Neue an der „Reform“ des Jahres 2001. Sie trägt einmal zur Rentenkürzung bei. Zum andern ist sie der erste Schritt zur Aufhebung der paritätischen Finanzierung der Rentenversicherung. Die gesamten Beiträge zur Rentenversicherung sollten nicht über 20% des Einkommens steigen, da die „Lohnnebenkosten“, die natürlich Lohnbestandteile sind, gedeckelt wurden. Die „Arbeitgeber“-Beiträge sollen also nur unwesentlich steigen. Die private Vorsorge wird von den Lohnabhängigen allein aufgebracht – oder eben nicht.
- Die private Vorsorge (Riester-Rente) wird zwar vom Staat (aus Steuermitteln) gefördert, doch konnten schon 2002 viele Lohnabhängige in niedrig bezahlten Stellen keine Vorsorge-Ersparnisse bilden. Wenn das Einkommen gerade mal knapp zum Leben reicht, kann auch nichts gespart werden. Arbeitslose konnten

das erst recht nicht. Dies verschärfte sich noch nach Einführung der Hartz IV-Reform. Jetzt müssen auch noch die früher eventuell gebildeten Ersparnisse oberhalb von Höchstgrenzen (die für Altersvorsorge allerdings etwas aufgestockt wurden) aufgebraucht werden, bis Arbeitslosengeld II bezahlt wird. Mit der Zunahme der Billig-, Mini- bzw. 1 Euro-Jobs seit Einführung der „Reform“ verschärft sich die Misere weiter. Es tritt also eine Spaltung der Arbeiterklasse auch bei den Renten ein. Gut verdienende Lohnabhängige werden Ersparnisse bilden können (was sie häufig auch bisher taten), Steuervergünstigungen dafür einstecken, und aus den Erträgen dieser „Riester-Rente“ die Verluste bei ihrer gesetzlichen Rente ganz oder teilweise kompensieren können. Den anderen, deren Arbeitslosengeld I oder II „kaum ausreicht zur Befriedigung seiner allernotwendigsten Lebensbedürfnisse“ (siehe oben) steht Altersarmut bevor.

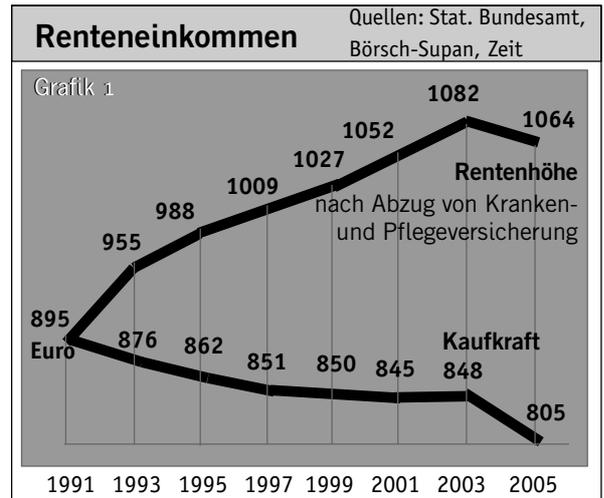
- Für das Finanzkapital öffnete sich ein profitables Feld der Betätigung. Banken und Versicherungen legen die Ersparnisse der privaten Altersvorsorge auf den Kapitalmärkten an und kassieren Gebühren aller Art. Für die privaten Vorsorger gesellt sich zu den politischen Risiken für ihre Rentenvorsorge (siehe oben) auch noch das Risiko der Kapitalmärkte. Jetzt hat für diesen Teil der Ersparnisse der einzelne Rentenanwärter Schuldtitel erworben, die bei politischen Katastrophen, Börsenzusammenbrüchen und Wirtschaftskrisen entwertet, die Anleger also wieder enteignet werden.

Hinzu kam die Absenkung der steuerlichen Freigrenzen ab dem Jahr 2005. Viele Rentnerinnen und Rentner, die bisher einkommenssteuerfrei blieben, mußten nun eine Einkommenssteuererklärung abgeben und häufig Steuern bezahlen.

Das System Umlage wird (noch) in geringerem Maße durch das alte, versicherungstechnische System Kapitalstock ersetzt.

### Renteneintrittsalter

„Die steigende Lebenserwartung geht mit einem längeren Rentenbezug einher. (...) Zur langfristigen Stabilisierung und Einhaltung der genannten Ziele (Sicherung der Rente, Anm. d. Verf.) ist daher neben den bisherigen, erfolgreichen und fortzusetzenden Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Renteneintrittsalters eine schrittweise, langfristige Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters erforderlich.“ (Koalitionsver-



Länger arbeiten, weniger bekommen Gräfik 2

| Geburtsjahr | Renteneintrittsalter | voraussichtl. Rentenjahr |
|-------------|----------------------|--------------------------|
| 1947        | 65 Jahre + 1 Mo.     | 2012                     |
| 1949        | 65 Jahre + 3 Mo.     | 2014/15                  |
| 1951        | 65 Jahre + 5 Mo.     | 2016/17                  |
| 1953        | 65 Jahre + 7 Mo.     | 2018/19                  |
| 1955        | 65 Jahre + 9 Mo.     | 2020/21                  |
| 1957        | 65 Jahre + 11 Mo.    | 2023/24                  |
| 1959        | 66 Jahre + 2 Mo.     | 2025/26                  |
| 1961        | 66 Jahre + 6 Mo.     | 2027/28                  |
| 1963        | 66 Jahre + 10 Mo.    | 2029/30                  |
| ab 1964     | 67 Jahre             | 2031                     |

trag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 94)

Trotz der tiefen Einschnitte der „Riester-Reform“ vermehren sich die aktuellen und noch mehr die statistisch fortgeschriebenen Deckungslücken der gesetzlichen Rentenversicherung. Prämisse dafür ist die o. g. Deckelung der Beiträge zur Begrenzung und realen Senkung der „Lohnnebenkosten“. Noch immer halten neoliberale Wirtschaftswissenschaftler die Lohnnebenkosten, also die Löhne, für zu hoch. Nach dieser Logik müssen – um die Kosten für die Unternehmer nominal gleich zu halten, real zu sen-

ken – die Renten wieder mal gekürzt werden.

Dabei sanken die Renten seit 2003 nominal geringfügig, real seit 1991 beträchtlich (siehe Grafik 1). Doch das genügt dem Kapital und seinen Politikern nicht.

Das normale Renteneintrittsalter ab dem Jahr 2012 soll stufenweise auf 67 Jahre angehoben werden. Das senkt die Ausgaben und erhöht die Beitragseinnahmen (siehe Grafik 2). Letzteres



gilt für den Fall, daß die älteren Kolleginnen und Kollegen ihre letzten Arbeitsjahre noch beschäftigt sind. Falls sie schon in Hartz IV sind, gibt es zwar Beiträge von der Arge, doch die fallen gering aus.

Ausnahmen gelten für Lohnarbeiter, die 45 Beitragsjahre haben. Die können ohne Abschläge weiter mit 65 Jahren in Rente gehen.

„Durch die Rente ab 67 wird die Altersarmut zunehmen, denn sie bekämpft nicht die Ursachen – hohe Erwerbslosigkeit und Niedriglöhne – sondern zwingt viele dazu, zukünftig mit höheren Abschlägen in Rente zu gehen. Diese dürfte dann immer häufiger unterhalb der Sozialhilfe liegen.“ (MEMORANDUM 2007, Kurzfassung, S. 9)

Schlimmer noch trifft es Lohnabhängige in besonders belastenden Berufen (Bauarbeiter, Bandarbeiterinnen u. a.). Deren Arbeitskraft ist häufig schon weit vor dem 65. Lebensjahr verschlissen. Die Unternehmer werden diese „leistungsgeminderten“ Kolleginnen und Kollegen nicht beschäftigen. Sie sind dann nach einem Jahr auf Hartz IV angewiesen.

### Es wird noch schlimmer ...

... wenn es nach den Statistiken der unternehmerhörigen Wirtschafts-

wissenschaftler geht. Die durchschnittliche Lebenserwartung bis 2050 wird weiter zunehmen, die Zahl der Kinder weiter sinken und deshalb würden die Renten weiter gekürzt werden müssen.

Das ist grob gelogen.

Zum einen wird kein ernst zu nehmender Wissenschaftler oder Statistiker Aussagen über die Entwicklung der nächsten 40 bis 50 Jahre machen. Die Entwicklungen der Vergangenheit werden einfach in die Zukunft fortgeschrieben. Politische oder wirtschaftliche Krisen, denen bisher zweimal die Rentenansprüche der Lohnarbeiter zum Opfer fielen, haben in Zukunft eben zu unterbleiben, damit die Statistiken der Rentenpolitiker stimmen. Desgleichen verordnen diese falschen Propheten stetiges Wachstum. Das ist Hellscherei, Aberglaube.

Zum andern ist die Begründung methodisch falsch. Alle gesellschaftlichen Leistungen kommen aus dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt (Kredit lasse ich in diesem Zusammenhang außer Ansatz), also der Summe aller produzierten Waren (incl. Dienstleistungen). Wir können nicht vorhersagen, in welchem Ausmaß dieses steigen wird. Zur Weiterführung der kapitalistischen Produktion sind aber Steigerungen Voraussetzung. Weiterer Anstieg der Produktivität, d.h. höherer Produktion bei relativ oder absolut sinkendem Quantum gesellschaftlicher Arbeit, ist nach heutigem Stand als Tendenz abzusehen (vgl. Grafik 3) auch wenn das Ausmaß nicht vorhergesagt werden kann. Das ist ein widersprüchlicher Prozeß auch für die Rentenversicherung. Einerseits nimmt die verfügbare Warenmenge tendenziell zu; andererseits nimmt die Lohnquote, d.h. die Lohnsumme relativ zu der erzeugten Warenmenge ab.

Die Rentenversicherungsbeiträge errechnen sich wie die übrigen Sozialausgaben aus den Löhnen. Wenn diese im Vergleich zur Produktmenge abnehmen, kommt die Rentenversicherung in Zahlungsschwierigkeiten; die Menge der den Rentnern zufallenden Waren (reale

Rente) wird abnehmen. Mit Kinderzahl oder Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters hat das höchstens indirekt zu tun.

Mit weiteren Rentenkürzungen läßt sich das Problem nicht lösen sondern allenfalls verschieben. Zur Sicherung der Renten ist daher „gebietlich geboten“ nicht mehr die Lohnhöhe sondern die Masse der erzeugten Waren, das Bruttoinlandsprodukt, als Basis heranzuziehen. Nur das sichert die reale Höhe der Renten. Natürlich würde das zu Lasten der Profite des Kapitals gehen. Die Verteilung zwischen den Klassen müßte sich zu Gunsten der Arbeiterklasse ändern.

Nicht Statistiken und windige Langzeitvoraussagen sondern nur politische Entscheidungen zur Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Interesse der Arbeiterklasse könnten das erreichen. Daß dazu politischer Druck auf reformistischer Ebene oder eine Umwälzung des bestehenden Produktionsverhältnisses notwendig wäre, ist offensichtlich.

### Widerstand?

Im Januar 2007 versuchten IG Metall und ver.di gegen die Erhöhung des Rentenalters mit kurzen Streiks während der Arbeitszeit und mit Demonstrationen zu mobilisieren. Im Bereich der IG Metall sollen sich nach Gewerkschaftsangaben rund 300.000 Kolleginnen und Kollegen beteiligt haben. Das ist insofern interessant als zum ersten Mal seit den 1950er Jahren in größerem Umfang gegen ein geplantes Gesetz gestreikt wurde. Der politische Streik wurde trotz unklarer Rechtslage praktiziert. Allerdings mit halbem Herzen und ohne Mut.

IG Metall und ver.di standen allein. Der DGB konnte sich nicht dazu durchringen die Aktionen aufzugreifen. IG BCE und andere Einzelgewerkschaften distanzieren sich offen. Auch in der IG Metall war die Mobilisierung je nach Bezirk und Ortsverwaltung sehr unterschiedlich. Die angekündigte 2. Mobilisierungsphase im Februar fand so gut wie nicht statt. Eine gesellschaftliche Bewegung in nennenswertem Ausmaß außerhalb der Gewerkschaften gab es nicht. Der Druck war bei weitem nicht ausreichend, um die Koalitions-

regierung von der Verabschiedung des Gesetzes abzuhalten.

Dafür gibt es natürlich Gründe. Mobilisierung gegen Verschlechterungen, die weit in der Zukunft liegen, ist nicht gerade die leichteste Sache. Die durchgängige Propaganda in den Medien, nach der Verschlechterungen bei den Sozialversicherungen wegen des „*demographischen Faktors*“ (besser: des demographischen Fetischs) unvermeidlich wären, tat ein Übriges. Natürlich ist, Umfragen zufolge, eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung gegen die Verschlechterungen, doch kann sich

dieses Unbehagen schlecht artikulieren, was auch der ziemlich komplexen Thematik zuzurechnen ist.

Trotzdem: Die Kürzungen sollen weitergehen. Als nächste wird die Pflegeversicherung an der Reihe sein. Nach Vorschlägen der CSU sollen die Menschen mal wieder privat vorsorgen nach dem Beispiel der „*Riester-Rente*“. Um das Kapital von Lohnkosten zu entlasten, werden weitere Verschlechterungen auf allen Gebieten folgen.

Wird es möglich sein, den Widerstand in erforderlichem, d. h. sehr erheblichem Ausmaß zu steigern?

„*Um aus der geistig-politischen Defensive heraus zu kommen, muß die Klammer für diese Themen die Verteilungsfrage sein.*“ (Netzwerk-Info, extra, März 2007/Gewerkschaftslink) Dem ist zuzustimmen. Wenn außerdem die Erkenntnis zunimmt, daß alle gesellschaftlichen Reichtümer von den Lohnarbeitern produziert wurden – auch der Teil, der für Renten zur Verfügung steht – dann stünde machtvollm Widerstand gegen weitere Plünderungszüge des Kapitals nichts mehr im Wege.

Stand: 30. 5. 2007



## Tarifabschluß in der Metall- und Elektroindustrie Kein Ende der Bescheidenheit

### Das Ergebnis

„*Endlich mal wieder ein relativer gewerkschaftlicher Erfolg*“ schreibt Robert Kurz im „*Freitag*“ v. 11. 5. 2007 über den Abschluß der IG Metall. Ein Erfolg im Vergleich zu den „*moderaten*“ Abschlüssen der letzten Jahre – mag sein. Kein Erfolg relativ zur Auslastung des Maschinenbaus, die den Lohnabhängigen der Metall- und Elektroindustrie in dieser Lohnrunde endlich wieder eine starke Position bescherte, die in weit höherem Maße hätte ausgenutzt werden können. Kein Erfolg auch, was einen Ausgleich der Reallohnverluste der vergangenen Jahre anbelangt. Schon gar nichts wurde für eine verbesserte Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts für die Lohnarbeit erreicht.

Nicht allein die Gewerkschaften, auch marxistische Theoretiker werden und bleiben bescheiden. Ein Streik hätte die Unternehmer hart getroffen.

Die Bereitschaft für Streik war offenbar vorhanden. „*Fast eine halbe Million Beschäftigte*“ beteiligten sich nach Angaben der IG Metall an Warnstreiks. Wenn die Zahl zutrifft, ist das bei der kurzen Dauer der Warnstreikphase beträchtlich. (METALL, Juni 2007, S. 10) Doch ist die „*Vier vor dem Komma*“ (ebd. S. 8) wenigstens real?

Die 4,1% ab 1. 6. 2007 sind zwar der nominell höchste Abschluß seit rd. 15 Jahren in der Branche. Diese Erhöhung ist tabellenwirksam, d.h. sie geht in die Tarif Tabellen ein und steigert damit die Basis für künftige Lohnerhöhungen. Die Laufzeit allerdings beträgt 19 Monate (bis 31. 10. 2008). Auf ein Jahr umgerechnet bleiben rd. 3,3% nominale Lohnerhöhung. Dabei sind die Einmalzahlungen für April und Mai 2007 von je 200,— Euro schon berücksichtigt.

Ab 1. Juni 2008 sollen nochmals 1,7% Lohnsteigerung tabellenwirksam für die letzten 5 Monate der Laufzeit dazu kommen. Aber das ist keineswegs sicher. Es kann betrieblich vereinbart werden, die Zahlung der 1,7% je nach der wirtschaftlichen Lage des Betriebs zu verschieben – bis maximal Oktober 2008. Dann würden sie im ungünstigsten Fall nur für den Monat Oktober im Geldbeutel der Beschäftigten ankommen.

Auch die im neuen Tarifvertrag vereinbarte Einmalzahlung von 0,7%/Monat für 5 Monate vom 1. 6. bis 31. 10. 2008 (je nach Höhe eventueller Sonderzahlungen im jeweiligen Betrieb können es bis zu knapp 0,8% sein) kann durch Betriebsvereinbarung um bis zu 4 Monate gekürzt werden, wenn die wirtschaftliche Entwicklung dies „*erfordern*“ sollte. Sie ist nicht tabellenwirksam.

„*Die Metall-Beschäftigten freuen sich über die kräftigen Lohnerhöhungen ab diesem Monat (d. h. Juni 2007, Anm. d. Verf.). Sie haben sich geholt, was ihnen zusteht.*“ (METALL 2007, S. 8)

Das Ansinnen auf Kürzung des Weihnachtsgeld konnte die Kapitalseite nicht durchsetzen. Die Forderung der Unternehmer, möglichst viel der Lohnerhöhung in Form einer einmaligen Konjunkturzulage zu zahlen, konnte dagegen nur teilweise abgewehrt werden.

### Reale Erhöhung?

Niemand kann wissen, wie sich die Auftragslage der Branche bis 2008 weiter entwickeln wird. Da diese sehr stark vom Export bestimmt wird, schlagen mögliche Konjunkturbüche in wichtigen Absatzmärkten (z. B. Ostasien, Indien, USA) direkt auf die Löhne der Kolleginnen und Kollegen im Jahr 2008 durch. Preise, Mieten, Steuern, Abgaben werden aber bei einem möglichen Konjunkturbuch mit Sicherheit nicht geringer werden. In diesem Fall wird der Reallohn, der in diesem Jahr gehalten bzw. voraussichtlich (das hängt von der Inflationsrate 2007 ab) um ca. 1-1,5% steigen dürfte, im nächsten Jahr wieder sinken. Von einer Kompensation der Reallohnverluste in den zurückliegenden Jahren

kann ohnehin keine Rede sein. An dem immer ungünstiger werdenden Verteilungsverhältnis zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen wird sich durch solche Abschlüsse sowieso nichts positiv ändern.

Warum hat die Gewerkschaft die z. Zt. so günstige Situation nicht stärker zu Gunsten der Lohnarbeiter genutzt? Natürlich kann darauf nur eine sehr ungefähre Antwort gegeben werden. Wir meinen, daß trotz aller Unverschämtheiten der Kapitalisten (Olaf Henkel: „Schluß mit dem Konsensgesülze“), trotz der Einschnitte in Beschäftigungs- und Lohnniveau (ERA) immer noch sehr viel Illusionen in Gemeinsamkeiten mit der „deutschen Wirtschaft“, immer noch viel berechnete wie unberechnete Furcht vor der Lohnkonkurrenz vor allem aus Osteuropa und Asien und damit Arbeitsplatzverlusten in den Köpfen der Kolleginnen und Kollegen steckt. Das betrifft sicher auch die Gewerkschaftsführungen, die sich teilweise immer noch etwas auf ihre „Verantwortung für das Gemeinwohl“ und ihre staatstragende Rolle einbilden. Doch auch die Mitgliedschaft trägt zum überwiegenden Teil diese Politik mit. Es sind keine nennenswerten Proteste gegen den immer noch moderaten Abschluß bekannt geworden.

Dabei sind schon in der Vergangenheit Weichen zur Flexibilisierung der Löhne über das o.g. Maß hinaus gestellt worden, die den „verdienten Erfolg“ gefährden können.

### Aufweichung der Tarife

Tarifverträge waren bis in die jüngste Zeit Festschreibungen von Minimalstandards vor allem für den Arbeitslohn, die Arbeitszeit und teilweise die Arbeitsbedingungen. Öffnungsklauseln, d. h. die Möglichkeit im Einverständnis mit den Gewerkschaften die Mindestnormen zu unterschreiten, schufen dem Kapital zuerst in Ost- dann in Westdeutschland die Möglichkeit, in Ausnahmefällen eine Unterschreitung des Tarifs zu verhandeln. Damit war die Tür zur Aushöhlung der Tarife einen Spalt weit geöffnet. Das Kapital, vehement unterstützt von den neoliberal orientierten Medien und von den Politikern der „Volksparteien“, verlangte weitere Flexibilisierung. Das Pforzheimer Ab-

kommen machte die Ausnahme zur Regel. Jedes Unternehmen, das angeblich von Verlusten bedroht war oder das zu hohe Kosten im Vergleich zu Konkurrenten reklamierte, konnte Verhandlungen über Abweichungen vom Tarif fordern und meist auch durchsetzen. DaimlerChrysler war das bedeutendste Unternehmen, das massive Verschlechterungen gegen starken Widerstand der Belegschaften erzwang. Damit war die erst spaltbreit geöffnete Tür zu Verschlechterungen des Tarifs offen wie ein Scheunentor.

Der jetzige Tarifvertrag der IG Metall setzt diesen Weg nach unten konsequent fort. Künftige konjunkturelle Schwankungen oder auch Schief lagen einzelner Kapitale werden im Tarifvertrag als Möglichkeit vorweggenommen – der Lohnverzicht wird tarifiert.

Natürlich gab es schon immer und gibt es heute und in Zukunft unterschiedliche Entwicklungen einzelner Unternehmen eines Tarifgebiets. Das ist „*unternehmerisches Risiko*“. Nicht immer, aber hin und wieder, sind es auch Managementfehler. Die neue Entwicklung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik schiebt Teile des „*Unternehmerrisikos*“ auf den Rücken der Lohnarbeiter. Daß auch steigende Mehrwertmassen wegen Produktivitätssteigerung den Beschäftigten angeboten werden, hört man dagegen nicht.

Die Vorstände und Tarifkommissionen der Gewerkschaften rechtfertigen diese Politik mit dem sinkenden Organisationsgrad der Unternehmer. Tatsächlich treten Unternehmen in steigendem Maße aus den Unternehmerverbänden aus. Für die Belegschaften bedeutet dies nach Ablauf der Nachwirkungsfrist tariflosen Zustand – falls kein Haustarifvertrag durchgesetzt werden kann. Das ist wie auch bei Verhandlungen über Flächentarifverträge eine Frage des Kräfteverhältnisses. Wo (noch) kein ausreichender Organisationsgrad der Belegschaft besteht, muß er aufgebaut werden. Das ist leicht gesagt und schwer getan – ich weiß – aber die einzige positive Perspektive. Sonst macht man die Arbeiter der schwächsten Betriebe zum Maßstab der Lohn- und Arbeitszeitentwicklung.

Ist die Aushöhlung der Flächentarifverträge die Alternative um Unternehmer in den „*Arbeitgeber*“ ver-

bänden zu halten? Ein Kapitalist, der sich stark genug fühlt, wird ohnehin austreten und sich damit den ganzen Ärger mit lästigen Gewerkschaften vom Halse halten. Denen muß die organisierte Lohnarbeiterschaft – wo möglich – die Grenzen ihrer Macht zeigen.

Die schrittweise Aufgabe wesentlicher Grundlagen der Tarifpolitik und damit der Existenzberechtigung der Gewerkschaften ist Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

### Aufrechnungen

„Bei vielen Arbeitnehmern dürfte die gerade erst erstrittene Tarifierhöhung nicht ankommen. Schuld ist ein neues Tarifsysteem, das die IG Metall erkämpfte.“ (Spiegel 22/2007, S. 85)

Die Abschaffung der unterschiedlichen Tarifsysteme für Arbeiter und Angestellte wurde zwar nicht gerade erkämpft – außer von Tarifexperten, die wahrscheinlich einige Nächte über dem Entgelttarifvertragsabkommen (ERA) brüteten. Doch die Abschaffung dieses Anachronismus war zweifellos überfällig. ERA sieht vor, daß alle tariflich Beschäftigten in die neuen, für Arbeiter und Angestellte gleichen Entgeltgruppen eingruppiert werden. Was die Tarifexperten der IG Metall offenbar zu wenig beachtet war, daß die Unternehmer die Furcht vor Arbeitsplatzverlust, den Druck der industriellen Reservearmee und die in der Öffentlichkeit allgemein vertretene Auffassung von den angeblich überhöhten Löhnen in Deutschland so skrupellos ausnutzen würden. Allerdings war es auch naiv, etwas anderes zu erwarten.

Die Neueingruppierung wurde von den meisten Unternehmern zur Lohndrückerei benutzt. Es gibt Beispiele, bei denen Lohnarbeiter mit neu festgelegter Entgeltgruppe bis zu 2000,— Euro im Jahr gegenüber ihrer früheren Lohngruppe verlieren sollen. Qualifikationen wie etwa Facharbeiter- oder Techniker-Ausbildungen, die bisher in den Lohngruppen berücksichtigt waren, sind teilweise durch die Entwicklung der Produktion entwertet und entfallen. Sie werden dann nicht mehr im Lohn berücksichtigt.

Dergleichen ist in einem Rahmen-Tarifvertrag natürlich kaum auszuschließen. Objektive Maßstäbe für

die Lohnfindung gibt es bekanntlich nicht. Es gibt allenfalls Arbeitsbewertungssysteme, die große Auslegungsspielräume lassen. Lohnfestsetzung ist eine Frage der Macht.

Es wurde zwar vereinbart, daß die Umstellung auf ERA kostenneutral sein solle, aber diese Aussage ist nichts wert. Die „Arbeitgeber“-verbände können ihren Mitgliedsbetrieben keine Vorschriften machen. Das wissen die Gewerkschaften spätestens seit den diversen Bündnissen für Arbeit bzw. Ausbildung, wo auch wunderschöne Absichtserklärungen abgegeben wurden. Die tatsächlichen zusätzlichen Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze blieben dann weit darunter.

Die Umstellung auf ERA beinhaltet auch eine Besitzstandsklausel. Niemand soll weniger verdienen als bisher. Die über den neuen Entgeltgruppen liegenden Lohnbestandteile werden allerdings ganz oder teilweise (es gibt Unterschiede je nach Tarifbezirk) gegen künftige Lohnanhebungen aufgerechnet. Wer Pech hat, kann sich zwar über den „höheren“ Abschluß dieses Jah-

res freuen, wird aber wenig oder nichts davon in seinem Geldbeutel wiederfinden.

Das wird böses Blut machen.

Es ist zur Zeit noch nicht möglich, verlässliche Zahlen über das Ausmaß der Aufrechnungen zu erhalten. In starken Betrieben wie etwa Daimler konnten die Lohndrückereien zumindest eingedämmt werden. Doch das wird nicht überall so sein. Schon jetzt seien mehrere Tausend Arbeitsgerichtsverfahren anhängig.

### Verteilungsfragen

Produktivitätsanstieg und geringe Lohnerhöhungen führen zu Verschiebungen in der Verteilung des „Volkseinkommens“ zwischen Lohnarbeit und Kapital (siehe Graphik). Der Anteil der Arbeitseinkommen sinkt. Diese „relative Verelendung“ (Marx) wird von den meisten Lohnabhängigen so lange hingenommen bzw. gar nicht wahrgenommen, so lange das reale Einkommen wächst oder zumindest gleich bleibt. Das ist nicht mehr der Fall. Wichtige Einkom-

mensbestandteile der Lohnarbeiter sind ausschließlich an die Arbeitseinkommen gebunden. Das betrifft vor allem die Sozialversicherungen. Auch die so genannten Arbeitgeberbeiträge gehen ja nicht von den Kapitaleinkommen ab sondern sind Lohnbestandteile – die Kapitalisten sagen Lohnnebenkosten, und die sind wie die Löhne immer zu hoch.

Bei sinkendem Anteil der Arbeitseinkommen müssen bei sozialen Diensten (Renten-, Pflege- und Krankheitskosten, Unfallversicherung, Sozialhilfe u.a.) entweder höhere Beitragsätze erhoben oder die Leistungen gekürzt werden.

Die Gewerkschaften können die eine Seite der Verteilung, technischen Fortschritt und daraus resultierend Produktivitätssteigerung nicht beeinflussen. Die andere Seite, die Löhne, aber sehr wohl. Mit „moderaten“ Tarifabschlüssen tragen die Gewerkschaften zu weiterem Rückgang der Arbeitseinkommen und damit zu den scheinbar objektiven Zwängen einer unsozialen „Reform“-politik bei.

Stand: 8. 6. 2007

## Arbeitende Klasse in Ostdeutschland

Die nachfolgenden Bemerkungen verstehen sich als Beitrag zu den Bedingungen politischer Klassenbildung in Ostdeutschland aus der Sicht vorliegender Sozialstrukturanalysen und einschlägiger Meinungsumfragen. Sie stützen sich im besonderen Maße auf Untersuchungen im Rahmen des Projekts Klassenanalyse@BRD der Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal, der unter Leitung von Gunnar Winkler seit Anfang der neunziger Jahre erstellten Sozialreporte, der Längsschnittanalyse von Peter Förster und ausgewählter Meinungsumfragen, z. B. der von Allensbach zum Klassendenken in Deutschland vom Dezember 1997.<sup>1</sup>

Klassenanalyse in bezug auf Ostdeutschland heute kommt nicht umhin, die Ausgangslage der gegenwärtigen Klassenlage, also die DDR-Gesellschaft, mit in Betracht zu ziehen. Es gab nicht nur, was in aller Regel übersehen wird, eine staatliche Teilung Deutschlands. Es gab auch über mehr als 40 Jahre hin-

weg eine soziale Teilung. Am Ende der DDR existierte eine Gesellschaft mit besonderen sozialen Merkmalen. Im Selbstverständnis der DDR war sie eine sozialistische Gesellschaft befreundeter Klassen, der Arbeiter, der Genossenschaftsbauern und der Intelligenz. Relativ wohlmeinende Soziologen haben sie nach der sogenannten Wende als „Arbeitsgesellschaft“ oder auch als „nach unten nivellierte Arbeiter- und Bauerngesellschaft“ bezeichnet.<sup>2</sup>

Wie auch immer: die DDR-Gesellschaft war durch eine Reihe von Merkmalen gekennzeichnet, die wir zu beachten haben, wenn wir die heutigen Klassenverhältnisse bewerten wollen. Derartige Merkmale sind:

Zum einen war dem Kapital die ökonomische und politische Macht abhanden gekommen. Das Durchschnittseinkommen der Arbeiter- und Bauern entsprach in etwa dem gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen.<sup>3</sup> Das Bildungssystem war gerade auch darauf angelegt, Arbeiter und Bauernkinder zu fördern. Insgesamt

lagen die Einkommensunterschiede in Extremfällen allenfalls bei 1:7 (im Unterschied zu Westdeutschland, wo sie bei mehr als 1:1000 liegen).

Zum anderen gab es eine sehr weitgehende Gleichstellung von Männern und Frauen und eine recht umfassende Frauenförderung. Beide Geschlechter standen in etwa gleicher Weise, soweit sie im arbeitsfähigen Alter waren, in einem Arbeitsverhältnis.<sup>4</sup>

Weiterhin: Mit der Vollbeschäftigung war auch der für den kapitalistischen Betrieb charakteristische „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ weitgehend abhanden gekommen. Vor allem Arbeitshetze, Arbeitsstress und die „Konkurrenz der Arbeiter untereinander“ konnten zum Teil erheblich verringert werden. Es gab, auch das gehört zur Klassenrealität der DDR, eine politisch-administrative Bürokratie in erheblicher Größenordnung, z.T. als Reaktion auf äußere Bedrohung und auf gewachsene gesellschaftliche Aufgaben, z.T. als wuchernde Bürokratie. Vor allem an der Basis (Brigaden,

LPG, Konfliktkommissionen, Jugendweihe u. a. m.) gab es Formen des Zusammenlebens und der Demokratie, die von den Menschen angenommen wurden. Schon auf Kreisebene war das anders. Auf Bezirks- und zentraler Ebene war es mit der sozialistischen Demokratie nicht weit her, gab es eine deutliche Kluft zwischen politischer Führung und Volksmassen.

Der Staat DDR konnte 1989/1990 relativ leicht zu Fall gebracht werden. Mit der DDR-Gesellschaft war das schwieriger. Der Staat verschwand, aber gesellschaftliche Zusammenhänge und politische Betrachtungsweisen blieben. Eine Reihe von Strukturen und Wertevorstellungen existieren – als nachsozialistische Subkultur – bis heute weiter.

### Wesens- und Strukturveränderungen der ostdeutschen Klassengesellschaft

Die Arbeiter und Angestellten wurden bald nach der sogenannten Wende, wie Harry Nick es einmal formulierte, vom „*ziemlichen Souverän zum wichtigsten Kostenfaktor*“.<sup>5</sup> Das Ende der DDR begann als Aufbruch für einen besseren Sozialismus und „*Demokratie jetzt*“, ging dann aber sehr schnell in eine handfeste Konterrevolution über. Das war voraussehbar. Die Tragik der Situation – das Notwendige (die Erneuerung des Sozialismus) war kaum noch möglich – lähmte in den achtziger Jahren politisch gerade auch diejenigen, denen klar war, dass sich der Sozialismusversuch in der DDR einer ernsten politischen Krisensituation näherte, zugleich aber auch von Stefan Zweig wussten: „*Eine Revolution (...) gehört niemals dem Ersten, der sie beginnt, sondern immer dem Letzten, der sie endet und sie wie eine Beute an sich reißt.*“<sup>6</sup>

Dieser Letzte war dann auch, wie zu erwarten war, die herrschende Klasse der Bundesrepublik. Im Unterschied zu den anderen osteuropäischen Ländern vollzog sich die Konterrevolution in der DDR über ein außerhalb des eigenen Territoriums liegendes politisches Zentrum: den westdeutschen Staat. Die Ersten, die Bürgerrechtsbewegung, war nach wenigen Monaten, ab Februar/März 1990, nicht mehr als ein Anhängsel und eine Propagandatruppe dieses Zentrums. Die Fäden in

der Hand hatten die Bundesregierung, die Führungen der Bundestagsparteien und die Spitzen der Banken und Konzerne. Die Regierung de Maiziere war deren Befehlsvollstrecker. Die wichtigsten Institutionen waren die Treuhandanstalt, die Gauck-Behörde, zwei Enquetekommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Parteienkommission, Ermittlungs- und Anklagebehörden zur Regierungskriminalität und diverse Personal-, Überprüfungs- und Evaluierungsbehörden, allesamt beherrscht von westdeutschen Politikern, Kapitalmanagern und Beamten. Diese Fremdbestimmung der Konterrevolution wirkt bis heute nach. Klassendenken bzw. politisches Denken gehen einher mit der recht klassenübergreifenden Meinung, dass die Vereinigung Kolonialisierung durch die Wessis bzw. durch das westdeutsche Kapital war. Zustimmung fanden und finden bei einer großen Mehrheit solche Sprüche wie: „*Der Fuchs ist schlau und stellt sich dumm, beim Wessi ist es andersrum.*“

Die gesellschaftliche Umwälzung hin zur kapitalistischen Klassengesellschaft vollzog sich als Wesensveränderung, aber auch als Crashkurs. Sie war ganz erheblich durch die regelrechte Abwicklung und rigorose Dezimierung der ostdeutschen Arbeiterklasse geprägt.

Arbeiter und Angestellte wurden über Nacht zu Lohnabhängigen. Die Arbeitskraft wurde wieder zur Ware. Das Grundrecht auf Arbeit ging verloren. Von den 3,5 Millionen Arbeitern und Angestellten der volkseigenen Betriebe Ende 1989 waren im Jahre 2001 noch etwa 16 Prozent oder 550.000 Arbeiter im verarbeitenden Gewerbe (Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten) übrig geblieben.<sup>7</sup> Unmittelbar nach der „Wende“, im Jahre 1991, verringerte sich die industrielle Produktion gegenüber 1989 auf etwa ein Drittel. Ostdeutschland wurde zum Experimentierfeld für den Sozialabbau in ganz Deutschland, zur verlängerten Werkbank der westdeutschen Industrie, zu einer Region mit einem geringeren sozialen Standard. In Ost- und Westdeutschland kam es zu einer zunehmenden Prekarisierung der Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse. Die gesellschaftlichen Verhältnisse wurden maßgeblich vom „*Widerspruch zwischen Unten und Oben*“ bestimmt. In Ostdeutschland

allerdings ist die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch. Die Massenarmut ist mit mehr als 20 Prozent deutlich höher als in Westdeutschland (etwa 15 Prozent). Die Löhne gerade der Arbeiter sind immer noch um fast 30 Prozent niedriger. Während der Anteil der sozialpflichtigen Arbeitsverhältnisse von 1992 bis 2003 auf 96 Prozent zurückging; reduzierten sie sich in Ostdeutschland im gleichen Zeitraum auf 80 Prozent.<sup>8</sup>

Exakte Angaben über den Anteil westdeutscher und ausländischer Erwerber der volkseigenen Betriebe sind spärlich. Offizielle Zahlen gibt es nicht. Eine Untersuchung für Thüringen kam 1997 zu dem Ergebnis, dass 85 Prozent der Betriebe dort an Westdeutsche gingen, 10 Prozent an ausländische Unternehmen und 5 Prozent an Ostdeutsche.<sup>9</sup> Das sind etwa auch die Zahlen für Ostdeutschland insgesamt.<sup>10</sup>

Bedenkenswert ist die 1989/1990 durchgängig fehlende Bereitschaft der Arbeiterklasse der DDR, ihre Betriebe gegen die Privatisierung zu verteidigen. Offenbar wurde, dass nur derjenige sich als sozialistischer Eigentümer verhalten wird, der real Eigentümer ist. 1993, vier Jahre später, kam es dann zu Einzelaktionen, zu Abwehrkämpfen der Arbeiter im Kaliwerk Bischofferode, bei Robotron, im ehemaligen Thälmannwerk in Magdeburg und zum Streik der sächsischen Metallarbeiter. Die fehlende Kampfbereitschaft im Jahre 1990 war ganz wesentlich das Resultat einer bürokratischen Verwaltung des verstaatlichten Eigentums in der DDR. Hinzu kamen eine euphorische Stimmung und eine verbreitete Distanzierung von der „*ehemaligen DDR*“ infolge des Konsumrausches, der Verheißung blühender Landschaften, der Wirkungen der Kampagnen zur Diskreditierung der DDR als Unrechtsstaat und nicht zuletzt eine vielgestaltige sozialpolitische Flankierung des ökonomischen Crashkurses (Gehalts- und Rentenerhöhungen, Arbeitslosengeld, Abfindungen, Vorruhestandsregelungen, Beschäftigungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen im Umfang von jährlich mehr als einer Million).

Von eigenständiger Bedeutung waren die klassenmäßigen Veränderungen in der Landwirtschaft.<sup>11</sup>

- 1989 gab es in der DDR 4.308 LPG und Volkseigene Güter (VEG) mit 834.000 ständig Beschäftigten. Im Jahre 2003 waren davon noch etwa 83.000 oder 10 Prozent Beschäftigte übrig geblieben. Der Anteil des Beitrages der ostdeutschen Agrarbetriebe zur Eigenversorgung ging von fast 100 Prozent in der DDR auf etwa 50 Prozent zurück
- Nur eine sehr geringe Anzahl von Bauern (etwa 10.000) wagte den Weg in die Selbständigkeit. Angesichts der geringen Zahl kann man von einer Klasse der werktätigen Bauern in Ostdeutschland nicht mehr sprechen.
- Die meisten LPG beschränkten den Weg der Umwandlung in Personengesellschaften (Gesellschaften bürgerlichen Rechts, Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften: 3000) und in juristische Personen (eingetragene Genossenschaften, GmbHs usw.: ebenfalls etwa 3000). Zusammen bewirtschafteten sie etwa 76 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche.
- Die entstandene Agrarstruktur zeigt einerseits die tiefe Verwurzelung des Genossenschaftsgedankens in der Landwirtschaft Ostdeutschlands. Bemerkenswert ist, dass immerhin 34 Prozent der „in der Landwirtschaft Tätigen“ in Ostdeutschland die DDR wiederhaben möchten (unter den Arbeitern 14 Prozent und unter den Angestellten 7 Prozent)<sup>12</sup>, andererseits aber auch die Entwicklung zu einer Agrarstruktur, die in einem Höchstmaß günstige Bedingungen für die Kapitalisierung der Landwirtschaft bietet (die Arbeitsproduktivität ist 12 Prozent höher als in Westdeutschland). Hier betätigen sich auch Großgrundbesitzer und finanzkräftige Bauern aus Westdeutschland und anderen EU-Ländern (etwa 100 Adelsfamilien sind auf ihren alten Besitz zurückgekehrt).
- Nach Einschätzung von Wolfram Triller ist nur eine Minderheit der in der Landwirtschaft Ostdeutschlands Beschäftigten Agrarkapitalist. Die Mehrheit ist zusammen mit den Landarbeitern der Klassenfraktion des Landproletariats zuzuordnen.

Ein besonderes Kapitel des gesellschaftlichen Crashkurses war die

Abwicklung der staatlichen und politischen Einrichtungen der DDR. Nicht nur die politische Oberschicht der DDR wurde beseitigt. Entlassen wurden auch mindestens eine Million Staatsangestellte und Mitarbeiter gesellschaftlicher und politischer Organisationen. Dazu gehören etwa 200.000 Angehörige des Verwaltungs- und Justizapparates auf Länder- und kommunaler Ebene. 70.000 Mitarbeiter in den vom Bund übernommenen Einrichtungen (Ministerien, Bundeswehr usw.),<sup>13</sup> ein Viertel der Lehrer, 75 Prozent der Hochschullehrer (allein 5.000 Professoren schieden aus) und Wissenschaftler an den Akademien und Forschungseinrichtungen (etwa 200.000). Parallel dazu übernahmen Anfang der neunziger Jahre viele zehntausend Beamte aus Westdeutschland entscheidende staatliche Funktionen in Ostdeutschland. Noch 1994 kamen z.B. von den 62 Staatssekretären in ostdeutschen Länderministerien 61 aus Westdeutschland.<sup>14</sup>

Eine weitere Besonderheit der Klassenlage in Ostdeutschland ist, dass sich nach 1989/1990 keine eigenständige Bourgeoisie in Ostdeutschland entwickelte. Von den 185.000 Handwerkern und Gewerbetreibenden der DDR im Jahre 1989 waren drei Jahre später gerade noch 100.000 übrig.<sup>15</sup> Das westdeutsche Bank- und Großkapital hatte und hat auch in Ostdeutschland das Sagen. Nur im Bereich der politischen Funktionsträger (Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Inhaber von Spitzenpositionen in den Regierungsapparaten) gibt es einen mehr oder weniger großen Anteil von Ostdeutschen. Die westdeutschen Konzerne und Banken haben die große Mehrheit der volkseigenen Betriebe übernommen bzw. in den Ruin getrieben. In 87 Prozent der Aktiengesellschaften des Ostens stellt die sogenannte Mutter im Westen den Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Es entstand ein „Kapitalismus ohne einheimisches Kapital und einheimische Kapitalisten und Eliten“.<sup>16</sup> Bezeichnend dafür ist: im Jahre 2000 kam von den 249 Personen der Wirtschaftselite der Bundesrepublik gerade einmal einer oder 0,4 Prozent aus Ostdeutschland. Von den 173 Spitzenvertretern der „Wirtschaftsverbände“ sollen es 8,1 Prozent gewesen sein.<sup>17</sup>

## Merkmale politischer Klassenbildung

Für die politische Klassenbildung sind zunächst einige Besonderheiten der Klassenstruktur bedeutsam. Im Jahre 2002 gab es in Ostdeutschland 6,2 Millionen Erwerbstätige, davon waren etwa 550.000 Pendler, so dass es tatsächlich in Ostdeutschland nur 5,2 Millionen Erwerbstätige gab. Davon hatten nur 4,7 Millionen ein sozialversicherungspflichtiges Normalarbeitsverhältnis (1995 noch 5,5 Millionen). 90,9 Prozent gehören davon zu den abhängig Beschäftigten (Westdeutschland 88,4 Prozent).<sup>18</sup> 70 Prozent der Erwerbstätigen sind mittlerweile in den verschiedenen Dienstleistungsbereichen beschäftigt, und 30 Prozent in der gewerblichen Wirtschaft. Damit erfolgte eine weitgehende Annäherung an westdeutsche Verhältnisse.

Zu beachten ist aber zugleich: Ostdeutschland ist in verschiedener Hinsicht nach wie vor eine Sonderregion mit einer sozialen Struktur, die durch eine außerordentliche Verschärfung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit gekennzeichnet ist. Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut sind verbreiteter. Die Löhne liegen niedriger. Im Jahre 2003 gehörten zu den gering entlohnten Beschäftigten rund 560.000 Arbeiter und 260.000 Angestellte. Der Prozentsatz der im Niedriglohnsektor Beschäftigten lag bei 20 Prozent (in Westdeutschland bei 10 bis 12 Prozent). Die Zahl der Ein-Euro-Jobs in Relation zur Bevölkerung ist drei mal höher als in Westdeutschland. 1995 gab es noch 432.000 ABM-Stellen, im Jahre 2003 nur noch 163.000. Es gibt kaum Großbetriebe. Die durchschnittliche Betriebsgröße (noch 1991 276 Mitarbeiter) liegt bei 90 Beschäftigten, in Westdeutschland bei 160. Von den in Deutschland im Jahre 2001 in den zehn größten Unternehmen tätigen 586.000 Arbeiter und Angestellten arbeiteten gerade einmal 47.000 oder acht Prozent in Ostdeutschland.<sup>19</sup>

Klassentheorie ist bekanntlich keine bloße Strukturtheorie. Es geht ihr um die Ansätze, Voraussetzungen und Wege der Klassenbildung, dabei aber natürlich auch um Zusammenhänge zwischen Klassenstruktur, po-

litischem Denken, politischem Handeln und politischer Klassenbildung.

Zwei Faktoren sind dabei besonders wichtig:

- die durch die kapitalistische Produktion bedingte Organisiertheit der abhängig Arbeitenden, vor allem deren gewerkschaftliche Organisiertheit, und das politische Denken und Handeln der abhängig Arbeitenden,
- Zusammenhänge zwischen der konkreten Verschärfung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit und den damit im Zusammenhang stehenden Bewusstseinsprozessen.

Der Gleichstellungsvorsprung der Frauen in Ostdeutschland ist weitgehend verloren gegangen. 1990 waren noch 86 Prozent der Frauen zwischen 18 und 59 erwerbstätig, 2003 noch 53 Prozent. 22 Prozent waren arbeitslos, davon 79 Prozent mehr als zwei Jahre.<sup>20</sup> Der „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ und die Angst vor Entlassungen sind extrem groß. Das Wegducken und die Hinnahme von sozialen Verschlechterungen (auch unbezahlter Überstundenarbeit) ist augenscheinlich, ohne dass dafür verlässliche Untersuchungen vorliegen, verbreiteter als in Westdeutschland. Gleichzeitig nehmen kollektive Erlebnisse der Unterdrückung und Ausbeutung zu. Das Ausmaß von Erbitterung und überhaupt einer pessimistische Grundstimmung der Bevölkerung ist ganz deutlich seit dem Jahre 2001 angewachsen. Soziologen haben festgestellt, dass es nach der „Wende“ eine bis 1991 anhaltende euphorische Phase mit raschem Zufriedenheitsgewinn gab.<sup>21</sup> Seit 2001 wird von einer „Phase stark rückläufiger Zufriedenheiten und Hoffnungen“ gesprochen, einschließlich „sozialer Verunsicherung und Zukunftsbesorgtheit“.<sup>22</sup> Untersuchungen zur Stimmungslage im Jahre 2006 machen deutlich, „dass die Stimmung im Osten weiter gekippt ist“, hin zu einem „zunehmend subjektiven ‚Unwohlsein‘ und steigender Zukunftsunsicherheit“. Erhellend für die anhaltend kritische Stimmung ist auch der Prozentsatz von 25 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die sich nach der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über die „Reformbereitschaft der Deutschen“ vom Juli 2006 gefühlsmäßig zum „Abgehängten Prekariat“ zählen (West: 4 Prozent).<sup>23</sup> Das heißt: die

Anzahl der sich politisch ausgegrenzt und abgehängt Fühlenden ist sechs-mal größer als in Westdeutschland.

Nach fast 17 Jahren Anschluss existiert in Ostdeutschland immer noch ein höheres Maß an materieller sozialer Homogenität. Auch die subjektive Schichteneinstufung war und ist eine andere. Im Jahre 2006 ordneten sich bei einer repräsentativen Befragung 59 Prozent der Befragten der Unter- und Arbeiterschicht zu (2003: 56 Prozent), 36 Prozent der Mittelschicht und nur 5 Prozent der Oberschicht (Westdeutschland: 35, 55 und 10 Prozent). 1992 waren es in Ostdeutschland 61, 35 und 2 Prozent gewesen,<sup>24</sup> wobei zu beachten ist, dass zwischen Ost und West mittlerweile ein Personentransfer von drei Millionen Menschen stattgefunden hat (zwei Millionen zogen seit 1990 nach Westen, eine Million in umgekehrte Richtung). Der Anteil derjenigen, die sich der Arbeiter- oder Unterschicht zurechnen, hat sich „tendenziell“ erhöht. „Waren es 1992 4%, die sich zur Unterschicht rechneten, stieg ihr Anteil inzwischen auf 11%.“<sup>25</sup> Insgesamt ist aus den Erfahrungen mit zwei gesellschaftlichen Systemen, dem Realsozialismus und der „vormundschaftlichen Vereinigung“, eine widersprüchliche und vielschichtige Ostidentität hervorgewachsen. Entstanden ist eine Bevölkerungsgruppe mit spezifischen „Denk- und Verhaltensmustern, Werten, Wertorientierungen und Erwartungen sowie Vergangenheits- und Gegenwartsbewertungen.“<sup>26</sup>

### Besonderheiten des Klassendenkens und Klassenhandeln

Auf Westdeutschland trifft sicherlich im Prinzip nach wie vor die auch von Wolfgang Abendroth für richtig gehaltene Aussage von Günter Gaus im Spiegel vom 19. Oktober 1970 zu: „Dies ist eine Klassengesellschaft. Außer dem Bewusstsein davon fehlt ihr keines der einschlägigen Kriterien.“ Das kann man ganz so hinsichtlich des Bewusstseins der Arbeiter, Angestellten und Arbeitslosen in Ostdeutschland nicht sagen.

Vor allem die soziologische Längsschnittstudie von Peter Förster, die seit 1987 mittlerweile über 20 Jahre läuft, belegt, dass zumindest in Bezug auf die Generation, die in der DDR noch Schulabschluss und Berufs-

ausbildung erlebt hat, kapitalismuskritische, vom Marxismus geprägte Grundüberzeugungen in einem beachtlichem Maße fortbestehen und sich sogar in den letzten Jahren verstärkt haben. Die ohnehin geringe Zufriedenheit sowohl mit dem wirtschaftlichen als auch mit dem politischen System der Bundesrepublik ging von 35 bzw. 34 Prozent im Jahre 2001 auf 27 bzw. 23 Prozent im Jahre 2005 zurück. „Die kritische Sicht dieser jungen Ostdeutschen auf das jetzige Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten und weiter wachsenden Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit. Weniger als 10 % glauben daran, dass dieses System die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird, und dass es das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell sei. Ebenfalls nur eine Minderheit hofft, dass das jetzige System erhalten bleibt, die meisten wünschen das Gegenteil, wollen den gegenwärtigen Kapitalismus wieder loswerden.“<sup>27</sup>

Ganz anders steht es jedoch mit die Bereitschaft aus, sich politisch für die eigenen Überzeugungen zu engagieren bzw. dafür zu kämpfen. Die Bereitschaft, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen, lag 1990 bei 41 Prozent, sank 1997 auf 7 Prozent und betrug im Jahre 2005 10 Prozent.<sup>28</sup> Von 2000 bis 2005 hat sich die Zahl derjenigen mit einem „starken“ bzw. „sehr starken“ politischen Interesse mehr als verdoppelt (von 20 auf 49 Prozent), die Zahl derjenigen, die aktiv am politischen Leben teilnehmen wollen, stagniert dagegen.<sup>29</sup> Es besteht eine tiefe Kluft zwischen kritischen politischen Überzeugungen und der Bereitschaft, entsprechend diesen Überzeugungen zu handeln.

Es gibt, wenn man die diversen Meinungsumfragen analysiert, eine Fülle von mehr oder weniger aussagekräftigen Zahlen, die eine stärkere system- und kapitalismuskritische Einstellung der Ostdeutschen gegenüber den Westdeutschen belegen, auch ein genaueres Wissen um die Klassengliederung der Gesellschaft: Etwa 40 Prozent der Ostdeutschen und 60 Prozent der Westdeutschen halten nach Meinungsumfragen den Kapitalismus für „angemessen“ (was immer das auch bedeuten mag).<sup>30</sup> Den Sozialismus finden „als Idee“ im Osten zumeist über 70 Prozent gut (in Westdeutschland zwischen 40 und 50 Prozent).<sup>31</sup> Unzufriedenheit mit der

wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland bekunden im Juni 2006 70 Prozent.<sup>32</sup> Nach der Allensbachumfrage vom Dezember 1997, stimmten 56 Prozent der Ostdeutschen (und 44 Prozent der Westdeutschen) damals der Aussage zu, daß es richtig sei, vom Klassenkampf zu sprechen, „Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben im Grunde völlig unvereinbare Interessen“.

Das Hauptproblem der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit ist aus meiner Sicht folgendes: Dem in Ostdeutschland stärker vorhandenen Klassendenken, das mehr als bloßes Klassenempfinden ist, entspricht offenbar kein höherer Grad der Klassenorganisiertheit und nur bedingt eine größere Bereitschaft zum aktiven Klassenwiderstand (mehr bei Demonstrationen, kaum bei Streik-kämpfen). Die Bereitschaft, sich aktiv im politischen Kampf gegen das Kapital zu engagieren, ist gering.

Von den 760 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft im Jahre 2003 mit mehr als 1000 Beschäftigten haben nur wenige ihren Standort in Ostdeutschland. Nur rund 10 Prozent der Angehörigen der Industriearbeiterklasse Deutschlands arbeiten in Ostdeutschland. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist mittlerweile geringer als in Westdeutschland, wobei mir nur verlässliche Zahlen für 2002 vorliegen. Damals hatte der DGB noch 7,7 Mill. Mitglieder (2006: 6,6 Mill.). In Westdeutschland waren es im Jahre 2002 etwa 6,5 Millionen und in Ostdeutschland 1,2 Millionen.<sup>33</sup> Acht Jahre zuvor waren es in Ostdeutschland noch rund dreimal so viel.

71 Prozent bekundeten im Jahre 2003 bei Befragungen, dass es Ihnen nicht egal ist, was die Gewerkschaften machen. Nur 39 Prozent sahen es als Aufgabe der Gewerkschaften an, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen. 44 Prozent befürworteten Streiks zur Durchsetzung von Tarifforderungen, 36 Prozent sind gegen Streiks.<sup>34</sup> Eine Streikstatistik ist mir nicht bekannt.

Politische Parteien oder Vereinigungen, die auf marxistischer Grundlage systematisch Klassenbewusstsein und Klassenhandeln fördern bzw. systematisch Kristallisationskerne von Klassenbewusstsein zu entwickeln suchen, fehlen weitgehend. Die

Linkspartei PDS hat sich schon mit ihrer Gründung aus den Betrieben verabschiedet. Der Anteil von Arbeitern an ihrer Mitgliedschaft wird sich deutlich unter 5 Prozent bewegen. Die kommunistischen Kleinparteien und -organisationen sind zumeist überaltert.

Hinsichtlich der Bereitschaft, der neoliberalen Kapitaloffensive entgegenzutreten, bedarf es einer differenzierten Einschätzung. Es gibt offensichtlich in Ostdeutschland besonders viel Resignation, aber deutlich mehr Wut und Erbitterung gegenüber dem Kapital und mehr Klarheit über das allgemeine Funktionieren der kapitalistischen Klassengesellschaft als in Westdeutschland. In einer Situation der akuten Zuspitzung der sozialen und politischen Auseinandersetzungen (wie im Jahre 2004) zeigte sich, dass dies schneller als in Westdeutschland spontan in Widerstandsaktionen umschlagen kann. Die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV gingen von Ostdeutschland aus. Mit zeitweilig einigen Hunderttausend Teilnehmern und etwa 50 Prozent direkt Betroffenen (Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger) und fast 90 Prozent indirekt Betroffenen (Arbeitslose in der Familie)<sup>35</sup> waren diese Demonstrationen ein beachtenswertes Zeichen von Widerstand. Die besondere Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit wie auch die deutlich kapitalismuskritischeren Einstellungen bieten in Ostdeutschland günstige Voraussetzungen für politische Klassenbildung. Nicht zuletzt von der politischen Aktivität der Marxisten wird es abhängen, wie sich Klassenbewusstsein und Klassenhandeln der abhängig Arbeitenden unter den Bedingungen sich verschärfender gesellschaftlicher Konflikte und zunehmender sozialer Verunsicherung und sozialer Not konkret entwickeln wird.

Ekkehard Lieberam

1- Vgl. u. a.: M. Benjamin, *Ostdeutsche Identität und ihre Grundlagen*, Marxistisches Forum, Heft 6, Mai 1996, *Die DDR – kein Betriebsunfall der Geschichte*, Marxistisches Forum, Heft 51; *Sozialcrash, von der DDR-Gesellschaft zur kapitalistischen Klassengesellschaft der BRD*, Beiträge

zur Klassenanalyse, Band 3, Essen 2007, G. Winkler (Hrsg.), *Sozialreport 90*, Berlin 1991, G. Winkler (Gesamtredaktion), *Sozialreport 1992*, Berlin 1993, G. Winkler (Hrsg.), *Sozialreport 2004*, Berlin 2004, *Sozialreport 2006*, Erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin Brandenburg e.V., Berlin Dezember 2006, P. Förster, *Warum so viele Ostdeutsche den Kapitalismus wieder loswerden wollen*, in: *Sozialcrash, a.a.O.*, S. 114 ff. und *Allensbachumfrage vom Dezember 1997 in der FAZ vom 10. 12. 1997*.

2- W. Zapf, *Die DDR 1989/1990 – Zusammenbruch einer Sozialstruktur?*, in: H. Jonas und M. Kohli (Hrsg.), *Der Zusammenbruch der DDR*, Frankfurt am Main 1993, S. 36 und R. Geißler, *Sozialer Umbruch in Ostdeutschland*, in R. Geißler (Hrsg.), *Sozialer Umbruch in Ostdeutschland*, Opladen 1993, S. 14.

3- Die Arbeiterinnen und Arbeiter erhielten 102 Prozent des Durchschnittseinkommens, die LPG-Mitglieder 95 Prozent (Westdeutschland: Arbeiter 71 Prozent, Bauern 65 Prozent), Vgl. R. Geißler, a.a.O., S. 69

4- Im Jahre 1988 waren dies 83, 2 Prozent der Frauen und 82,4 Prozent der Männer. Vgl. *Sozialreport 90*, a.a.O., S. 78.

5- Vgl. ND vom 18. 1. 2005

6- S. Zweig, *Joseph Fouché*, Frankfurt am Main 1957, S. 15.

7- Vgl. *Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 2004*, Bonn 2004, S. 293.

8- Vgl. *Sozialreport 2004*, a.a.O., S. 168.

9- Vgl. W. Mumme, *Wem gehört der Osten*, *Die Woche vom 6. Juni 1997*.

10- Michael Benjamin liegt mit seiner Schätzung von 80 Prozent westdeutscher und 10 Prozent ausländischer Erwerber wohl recht nah bei der Realität. Vgl. M. Benjamin, a.a.O., S. 3.

11- Vgl. dazu W. Triller, *Der Wandel der Klassenverhältnisse in der Landwirtschaft Ostdeutschlands*, in: *Die DDR – kein Betriebsunfall der Geschichte*, a.a.O., S. 51 ff.

12- Vgl. *Sozialreport 2004*, a.a.O., S. 74.

- 13- Vgl. Bundestagsdrucksache 12/4013, S. 2.
- 14- Vgl. F. Vilmar, *Soziale Liquidation oder Diskriminierung ost-deutscher Eliten*, in: F. Vilmar (Hrsg.), *Zehn Jahre Vereinigungspolitik*, Berlin 2000. S. 84.
- 15- Vgl. M. Benjamin, a.a.O., S. 6.
- 16- Sozialreport 2004, a.a.O., S. 26.
- 17- Vgl. F. Vilmar, a.a.O., S. 83.
- 18- Vgl. Datenreport 2004, a.a.O., S. 105
- 19- Errechnet nach Datenreport 2004, a.a.O., S. S. 284.
- 20- Vgl. H. Schmidt, *Frauen in den neuen Bundesländern*, in: Sozialreport 2004, a.a.O., S. 284 ff.
- 21- Sozialreport 2004, a.a.O., S. 27.
- 22- Sozialreport 2006, a.a.O., S. 3.
- 23- *Gesellschaft im Reformprozess, die Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht Reformbereitschaft der Deutschen*, Presseinformation, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Kommunikation und Grundsatzzfragen.
- 24- und Sozialreport 2004, a.a.O., S. 64.
- 25- Vgl. Sozialreport 2006, a.a.O., S. 21.
- 26- Ebenda, S. 15.
- 27- P. Förster, a.a.O., S. 120
- 28- Ebenda, S. 119.
- 29- Vgl. Sozialreport 2006, a.a.O., S. 23 und P. Förster a.a.O., S. 119.
- 30- Vgl. D. Wittich, *Soziale Differenzierungen und politische Strukturen*, Berlin, Februar 2001, S. 64.
- 31- *Nach einer im Oktober 2006 vom Bundesamt für Statistik in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage stimmten 74 Prozent im Osten der Aussage zu „Der Sozialismus ist im Grunde genommen eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde“ (im Westen: 46 Prozent)*. Vgl. O. Meyer, *Kaum zu glauben: die Mehrheit will Sozialismus*, in: Ossietzky vom 24. 1. 2007, S. 38.
- 32- Vgl. Sozialreport 2006, a.a.O., S. 6.
- 33- Vgl. Sozialreport 2004, a.a.O., S. 314.
- 34- Vgl. ebenda, S. 317 ff.
- 35- Vgl. *Wer sind die Demonstrierenden gegen Hartz IV?*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Pressepapier Hartz IV vom 21. 9. 2004.

# Die Polizeifestspiele von Rostock

**Zwei Polizisten im Krankenhaus, drei abgepackte Autos – und die Medien randalieren wie vor vierzig Jahren. Hat bei den „schwersten Krawallen der letzten Jahre“ jemand versagt? Oder wars Kalkül?**



Seit Tagen kennt die deutsche Öffentlichkeit nur zwei Themen: die absehbare Ergebnislosigkeit des G8- Gipfels in Heiligendamm und die Auseinandersetzungen am Ende einer weitgehend friedlich verlaufenen Demonstration der GlobalisierungskritikerInnen in Rostock. Denn seit den Vorfällen am Samstag gibt es für die „Sicherheitsexperten“ in der deutschen Politik kein Halten mehr. Sie fordern zum Entsetzen selbst der Polizeiführungen den Einsatz der militärischen Elitetruppe GSG 9, die Verwendung von in Deutschland bisher verbotenen Gummigeschossen und den „Unterbringungsgewahrsam“ von potenziellen Störenfriedern bis zum Ende des G8 Gipfels (die Nazis hatten das noch „Schutzhäft“ genannt). Und Innenminister Wolfgang Schäuble triumphiert: Hatte er nicht zu Recht vor den „Verbrechern“ gewarnt?

## „Wollt ihr Tote, ihr Chaoten?“

Die Bilder, die die Fernsehsender noch am Samstagabend und die Zeitungen über die nächsten Tage hinweg zeigten, waren ja auch eindeutig: Rund 2.000 verummte DemonstrantInnen des so genannten Schwarzen Blocks lieferten sich mit einer „auf Deeskalation eingestellten“ Polizei die „schlimmste Straßenschlacht seit Jahren“, wie es in den Begleittexten hieß. Die Einsatzleitung meldete, 433 Polizisten seien verletzt worden, über 30 davon „schwer“. Die Demoleitung sprach von über 500 verletzten DemonstrantInnen, darunter viele Unbeteiligte mit Knochenbruch. Unter dem Druck, den die Medien aufbauten („Wollt ihr Tote, ihr Chaoten?“,

titelte „Bild“), distanzierten sich manche Organisationen wie Attac von den Linksautonomen und entschuldigten sich in aller Form.

Am Samstag, 2. Juni, jährte sich zum vierzigsten Mal die Demonstration Berliner StudentInnen gegen den Besuch des persischen Schahs, bei der 1967 der Student Benno Ohnesorg von einem Polizeibeamten erschossen wurde. Diese Tat und die damalige Berichterstattung hat die 68er erst in Bewegung versetzt. Erst später kam heraus, dass nichts so war wie dargestellt.

Das könnte auch im Rückblick auf den 2. Juni 2007 in Rostock wieder passieren. Denn gar so gewalttätig, wie anfangs vermeldet, waren die Auseinandersetzungen dann doch nicht gewesen. Am Dienstag gab ein Polizeisprecher gegenüber der Tageszeitung „junge Welt“ zu, dass nur zwei Polizisten stationär behandelt werden mussten (einer davon war da schon wieder entlassen worden) und dass gerade mal drei Autos ausbrannten.

Vielleicht wird auch irgendwann mal eine Rekonstruktion der Ereignisse vom Samstag (dann, wenn die beteiligten PolizistInnen frei reden können) die Frage klären, wer anfangs. Derzeit ist das nicht möglich. Derzeit steht nur fest, dass die Stimmung in der friedlich begonnenen Demonstration (es war wie auf einer Loveparade, sagte ein beobachtender Polizeigewerkschafter) plötzlich umschlug, weil ein Polizeifahrzeug im Weg stand. Dass Vereinzelte daraufhin mit Steinen warfen. Dass Stosstrupps der Polizei in die Menge stürmten. Dass dann die Schlägerei begann. Dass zwischendurch der Einsatzleiter der Polizei ausgewechselt wurde. Und dass die Interventionisti-

sche Linke, die den linksradikalen Block an der Demo organisiert hatte, allen TeilnehmerInnen dieses rund 8.000 Leute umfassenden Demoblocks (längst nicht alle Radikalen waren verummumt) die Botschaft eingepflicht hatte, dass friedlicher Protest die größtmögliche Wirkung entfalte.

Ein Indiz dafür, was falsch lief und dass möglicherweise gar politische Absicht im Spiel war, lieferten in Interviews zwei Personen, die man kaum zu den üblichen Verdächtigen zählen kann. Das Klima des Misstrauens sei auch von den Sicherheitskräften geschürt worden, sagte Konrad Freiberg, Chef der Gewerkschaft der Polizei GdP. Die Polizei hätte von Anfang an sagen müssen: „Wir wollen, dass dort demonstriert wird, wir wollen den Protest.“ Immerhin würden Mitglieder seiner Gewerkschaft mit den politischen Zielen der GlobalisierungskritikerInnen sympathisieren.

### Wie Marines im Irak

Noch viel weiter ging der Münchner Polizeipsychologe Georg Sieber in einem Gespräch mit dem Deutschlandradio. Mit der Warnung vor den Chaoten, den Durchsuchungen von Wohnungen (siehe WOZ Nr. 22/07), den Schnüffelproben von potenziellen Verdächtigen, der Durchleuchtung ihrer Post habe die Eskalation begonnen, „bevor es in Rostock losging“. Nie zuvor gab es in Deutschland „eine Großveranstaltung, die im Vorfeld derartig angeheizt wurde“, sagte Sieber. Er lässt auch kein gutes Haar am Einsatz. Die martialisch ausgerüstete



Polizei hätte man „auf den ersten Blick glatt mit Marines im Irak verwechseln“ können, auf Sachbeschädigung habe die Polizei sehr schnell mit Körperverletzung reagiert, und der Einsatz von geschlossenen Einheiten, die auf Protestierende zustürmen, sei etwas, „das seit den siebziger Jahren als einsatztechnische Dummheit bezeichnet wird“.

„Eine Demonstration gehört den Demonstranten“, sagt Sieber. „Die reagieren sauer oder fühlen sich bedroht, wenn man ihnen die Strasse wegnimmt oder den Raum verkleinert.“ In Rostock „ist lehrbuchmäßig alles so gemacht worden, wie es nicht sein soll“. Auf diese Weise könne man auch jede Fronleichnamprozession, aufmischen. All das wisse man schon lange. Und so sei der Polizeieinsatz und das Ergebnis „womöglich sogar auch politisch so gewollt“ gewesen.

Allerdings ist durchaus denkbar, dass nicht nur Einzelne die Demonstration am Samstag mit dem Vorsatz begannen, die Öffentlichkeit mit militanten Methoden auf die herrschende Gewalt in der Welt hinzuweisen und Zoff anzuzetteln. Aber gab es solche Gruppen in Rostock? Bis heute, und das sagt nicht nur Sieber, hat die Poli-

zei nichts darüber in Erfahrung bringen können. Einige wurden verhaftet, andere bei späteren Demos willkürlich herausgegriffen (darunter auch ein junger Berner) von der eigentlichen Polizeiaufgabe her gesehen, der Ermittlung von Straftaten, ein mageres Ergebnis. Aber darum ging es ja auch nicht.

Es ging darum, vor den geplanten Blockadeaktionen am Flughafen und am Zaun des Hochsicherheitstrakts Heiligendamm Angst zu verbreiten und Ängste zu schüren. Und die Medien machen mit. Am Wochenende verbreitete „Spiegel online“ die Nachricht, dass ein Redner an der Rostocker Kundgebung die „militante Szene aufgestachelt“ habe mit den Worten: „Wir müssen den Krieg in diese Demonstration reintragen. Mit friedlichen Mitteln erreichen wir nichts.“ Diese Aussage wurde von vielen andern Medien begierig aufgegriffen. Doch der zweite Satz war frei erfunden, und der erste war falsch übersetzt. Der Redner Walden Bello, Träger des alternativen Nobelpreises hatte lediglich darauf hingewiesen, dass das Kriegsthema Irak bei den Diskussionen der GlobalisierungskritikerInnen und beim G8-Gipfel eine Rolle spielen sollte. „Spiegel online“ nahm den Bericht mittlerweile zurück, andere hingegen nicht.

Pit Wuhrer

Nachdruck aus:  
WOZ DIE WOCHENZEITUNG

Hardturmstrasse 66  
8031 Zürich  
woz@woz.ch  
abo@woz.ch

Anzeige

## SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

Der G8-Gipfel ist vorbei, aber die Repression geht weiter. Die Polizei hat Hunderte von Ermittlungsverfahren gegen G8-GegnerInnen eingeleitet, und für die kommenden Monate stehen Dutzende von Prozessen an. Daher sind wir auf viele Spenden angewiesen, um die Betroffenen unterstützen zu können.

### ROTE HILFE e.v.

Bundesgeschäftsstelle  
Postfach 3255, 37022 Göttingen  
Tel.: 0551 - 770 80 08  
(Di. & Do. 15<sup>00</sup> - 20<sup>00</sup> Uhr)  
Fax: 0551 - 770 80 09

bundesvorstand@rote-hilfe.de  
www.rote-hilfe.de



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.  
Kontonummer: 19 11 00 - 462  
BLZ: 440 100 46  
Postbank Dortmund

## NIEMAND WIRD ALLEINE SEIN!

## Literaturliste

- K. H. Tjaden: **Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik** 1985, 234 Seiten , 14,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk von Rosa Luxemburg: **Gegen den Reformismus (z. Zt. vergriffen)** 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: **Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist? **Erinnerungen von Paul Elflein** 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)** 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler – Eine politische Biographie** 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)** 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)** 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)** 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)** 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)** 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik** 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Die Potsdamer Beschlüsse, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)** 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)** 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung** 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)** 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)** 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU** 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)** 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)** 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)** 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland, Analysen und Berichte der KPD-Opposition** 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

**Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg**



240 Seiten, Paperback,  
 € 12,-  
 ISBN 3-00-010296-5  
 Herausgegeben  
 von der Gruppe Arbeiterstimme

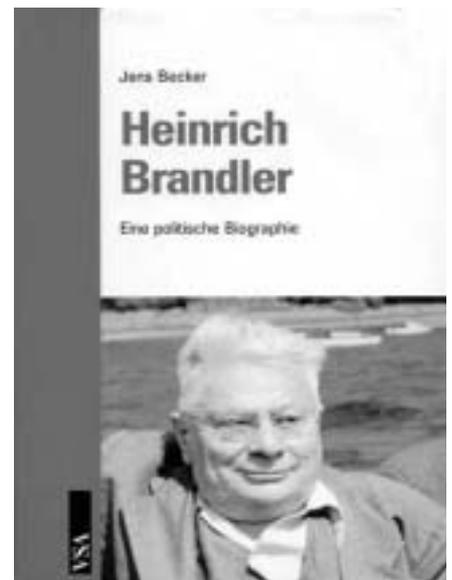
Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

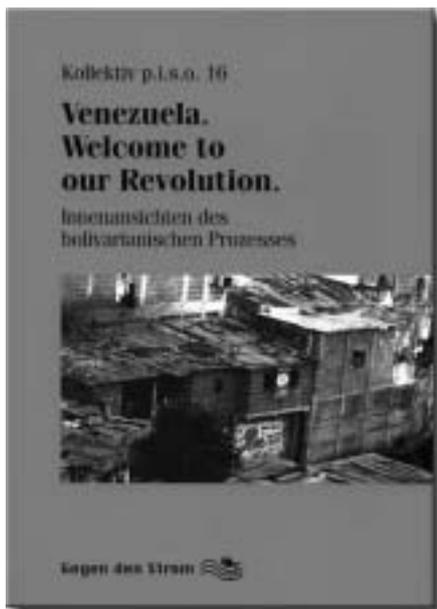
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten,  
 Paperback,  
 € 20,-  
 ISBN 3-87975-767-4

## Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des  
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,  
 € 10,-  
 ISBN 3-9809970-1-4  
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bisher) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:  
**Gegen den Strom**  
 Schwanthalerstraße 139  
 80339 München  
 gds-verlag@gmx.de

oder:  
 T. Gradl  
 Postfach 910307  
 90261 Nürnberg



624 Seiten,  
 Paperback,  
 € 20,-  
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:  
 T. Gradl  
 Postfach 910307  
 90261 Nürnberg